

Lübecker Volksbote.

Organ für die Interessen der werktätigen Bevölkerung.

Mit der illustrierten Sonntagsbeilage „Die Neue Welt“ und einer wöchentlichen Unterhaltungsbeilage.

Der „Lübecker Volksbote“ erscheint täglich nachmittags (außer an Sonn- und Festtagen) und ist durch die Expedition, Johannisstraße 46, und die Post zu beziehen. — Der Abonnementspreis beträgt vierteljährlich 2,00 Mark, monatlich 70 Pfennig.

Redaktion u. Geschäftsstelle:
Johannisstraße Nr. 46.
Fernsprecher: Nr. 926.

Die Anzeigengebühr beträgt für die fünfgespaltene Zeile oder deren Raum 20 Pfg., Versammlungs-, Arbeits- und Wohnungsanzeigen 10 Pfg., auswärtige Anzeigen 50 Pfg. — Inserate für die nächste Nummer müssen bis 9 Uhr vormittags, größere früher, in der Expedition abgegeben werden.

Nr. 69.

Mittwoch, den 23. März 1910.

17. Jahrg.

Hierzu eine Beilage und das „Wöchentliche Unterhaltungsblatt“.

Finnlands vierte Volksvertretung.

Gerade drei Jahre sind verfloßen, als Finnland seine erste Volksvertretung erhielt, die auf Grund des allgemeinen Wahlrechts gewählt wurde. Laut Verfassung hätte das Volk jetzt erst zur Wahl der zweiten Volksvertretung an die Wahlurne zu treten, während am 1. und 2. Februar dieses Jahres bereits die vierte gewählt wurde, die nun am 1. März in Helsingfors zu ihrer ersten Sitzungsperiode zusammentrat. Angesichts der immer noch wachsenden Macht der Reaktion in Rußland schreitet auch die Unterdrückung der schwachen innerstaatlichen Autonomie Finnlands weiter fort. Infolge der dreimaligen Auflösung der gesetzgebenden Körperschaft innerhalb der kurzen Frist von drei Jahren lebt das Volk beinahe in ständigem Wahlkampfe. Dadurch wird die Volksvertretung nicht nur an der Arbeit gestört, sondern dem Volke wie auch seinen gewählten Vertretern schwindet der Glaube an eine erprobliche parlamentarische Tätigkeit überhaupt. Naturgemäß bedingt eine solche Lage eine politische Verdröppelung und Wahlmüdigkeit. Sehr charakteristisch wird die Lage dadurch gekennzeichnet, daß die russische Regierungspresse während der Eröffnung der vierten finnischen Volksvertretung die Prognose aufstellte, sie versammle sich in dieser Form und Zusammenkunft überhaupt zum letztenmal! Das allgemeine Wahlrecht und die einkammerige Vertretung werde aufgehoben werden. Wenn man auch diesen zweifelhaften Propheten nicht Glauben schenken wollte, die Ereignisse im Lande blieben doch und redeten eine gar zu bereite Sprache von der Rücksichtslosigkeit der willkürlichen Gewalt. Denn die Reaktion hat eine Machtsfülle zu erreichen vermocht, die noch weiter reicht, als während der schlimmsten Zeit unter dem gewalttätigen Bobrikow. Verkäppter, aber heimtückischer als damals schreitet sie vorwärts.

Bobrikow wagte es damals noch nicht, die Verfassung und die Tradition derart zu zertreten, daß er den Senat, die ausübende Regierungsinstitution des Landes, aus russischen Kreaturen zusammengestellt hätte, da die Verfassung ausdrücklich vorschreibt, daß der Senat aus den Bürgern Finnlands gebildet werden soll. Der Schüler und Kanzlei-Geheime des Bobrikow, Herr von Segen, der gegenwärtige Generalgouverneur, brachte es jedoch bei seinem Amtsantritt dazu, daß er bereits seit dem November vorigen Jahres mit Hilfe eines Senats regiert, dem anfangs nur russische Offiziere und baltisch-deutsche Edelkente angehörten. Erst in der letzten Zeit traten ihm auch wieder zwei gehorsame Suometarianer (Altfinnen) bei, wodurch er aber durchaus nicht finnischer geworden ist.

Als die letzten Konstitutionalisten im April 1909 aus dem Senat austraten, verblieben die Suometarianer allein zurück. Doch war auch ihres Bleibens nicht länger als bis Oktober, wo auch ihr Latein zu Ende war. Auch sie mußten endlich erkennen, daß Stolypins Art zu regieren Finnland genau so zugrunde richten muß, wie es mit Rußland geschieht. Sie traten zurück. Gerade darauf schloß Stolypin mit seinen ecktrussischen Staatsmännern gerechnet zu haben: Somit wurde ihnen die Bahn zur Bildung eines rein ecktrussischen Senats in Finnland frei. Da nun auch die letzten „vernünftigen“ Finnen sich weigerten, die Staatsgeschäfte weiterzuführen, blieb ihm ja scheinbar nichts anderes übrig, als den Senat mit Russen zu besetzen.

Bei ihrem Austritt aus dem Senat rechneten die Suometarianer auch mit der Zukunft ihrer Partei. Als Regierungspartei hatten sie sich täglich verhaßter gemacht, und bei der bevorstehenden Neuwahl konnten sie, wenn sie als Regierungspartei die Verantwortung für die Reaktion weiter auf sich nahmen, den Anhang ganz verlieren, während der Austritt sie gleichsam mit der Aurore der Opposition schmückte und somit den Anhang sicherte. Aber trotz alledem stellte sich die Reue bei ihnen bald ein. Ihr wortführender Senator, Danielson-Kalmari, erklärte, daß der Austritt wohl geboten gewesen sei; nicht minder notwendig sei aber die Anteilnahme der Suometarianer an der Regierung. Es wäre unverantwortlich, die Regierung in den Händen der Fremden zu wissen, und die Suometarianer mußten — jeder auf seine persönliche Verantwortung hin — die erste sich bietende Gelegenheit dazu benutzen, um in den Senat zu kommen. Die Partei als solche brauche dabei keine Verantwortung zu übernehmen. Also — eine neue Kautschukregierung der Suometarianer!

Auf die Gelegenheit brauchten die Herren Suometarianer nicht lange zu warten. Segen war es ganz ange-

nehmen, wenigstens einige Sprachkundige unter seinen Kreaturen zu wissen, wodurch der Senat an gehorsamer Knechtseligkeit nichts einbüßte. Er war daher gerne bereit, einigen Suometarianern die Senatstür zu öffnen.

Der Russen-Senat, den die Finnen Säbelsenat genannt haben, weil die Senatoren fast alle Säbelträger sind, regiert vollständig nach den Weisungen aus Petersburg. Ihre Mißachtung der Landesgesetze bekundeten sie auch dadurch, daß sie beim Amtsantritt den finnischen Dienstleid verweigerten, indem sie sich auf den in Rußland gegebenen Eid beriefen. Und in den Regierungsgeschäften beachtet dieser Senat die Landesgesetze nur, insofern diese sie bei der Erdrosselung der Autonomie des Landes nicht sonderlich stören. Sonst hilft er sich mit „Erlassen“ aus Petersburg. Auf diesem Wege sind eine Menge wichtiger Maßregeln durchgeführt. So z. B. die Überführung der Brückenmilitationen, die Rußland gewaltsam zur Erbauung einer Verbindungsbrücke über die Neva in Petersburg von Finnland sich nahm. Ebenso die Überführung der 10 Millionen Mark Militärkontribution im Dezember 1909, obgleich die Volksvertretung sich einstimmig gegen eine solche „Regelung“ der heiklen Militärfrage ausgesprochen, und endlich die Entnahme weiterer 2 Millionen Ende Februar 1910 als erster Rate derselben Militärkontribution für das laufende Jahr — eiligst, bevor die Volksvertretung zusammentrat! Auf demselben Wege wurde ein russischer Oberinspektor für finnische Staatsbahnen ernannt, wie auch der Senat in der Stempelsteuererhebung und der Bran- und Brennsteuer ganz willkürlich das vom Landtage angenommene Gesetz außer acht ließ. Ferner wurde eine Reihe Ausgabeposten aus dem Etat des Landes entweder ganz gestrichen oder stark gekürzt, und somit sehr wichtige kulturelle Zwecke benachteiligt. Eine Heilstätte für Alkoholiker wurde bereits aus diesem Grunde geschlossen. — Durch die Tagespresse ist es bereits bekannt geworden, daß „höheren Orts“ beschlossen wurde, die finnische Presse und das Vereinswesen auf Grund russischer Gesetze zu „regeln“. Ohne Frage wird der Senat auch diese „Regelung“ prompt durchführen wollen. Was aber das für Finnland bedeutet, vermag nur jemand zu beurteilen, der die Zustände beider Länder kennt. Jeder aufrichtige Kulturfreund kann nur wünschen, daß dieser beabsichtigte Kulturmord unterbleibt.

Es ist daher leicht verständlich, wieso eine gewisse Unsicherheit sich aller Kreise der Bevölkerung bemächtigt und auch die Wahlen unglücklich beeinflusst hat. Dazu muß allerdings auch die Schwerfälligkeit der Volksvertretung und die reaktionäre Gesinnung der bürgerlichen Parteien in bezug auf die gesetzgeberische Reformarbeit gerechnet werden. Die wenigen Gesetze, die in den drei Jahren ausgearbeitet wurden, sind wahre Schweregeburten gesetzgeberischer Arbeit gewesen. Aber auch von diesen Gesetzen, die im schweren Ringen geboren wurden und die dem Volke einige Vorteile zu bringen versprochen, sind die besten an den Klippen der bürgerlichen Interessen gescheitert. So wurde das erste Alkohol-Verbotsgesetz durch bürgerliche Machinationen in Petersburg zu Fall gebracht, während die im Herbst 1908 von der Volksvertretung angenommene neue Gemeindeordnung seitdem verschollen ist. Anstatt es nach Petersburg zu senden, hat der Senat es scheinbar in den Kanälen vergraben. Dasselbe Schicksal wird wahrscheinlich auch dem im Herbst 1909 verabschiedeten Arbeiterchutzgesetz widerfahren, denn die bürgerliche Presse hat die Unternehmer davor als vor einem Unglück gewarnt. Die bürgerlichen Parteien verstehen es ausgezeichnet, durch den Senat zu verhindern, was sie in der Volksvertretung nicht verhindern konnten.

So offenbart sich der finnische Parlamentarismus in zweifacher Art als ein müßiges Spiel: unfruchtbar durch sich selbst und unwirksam durch die fremde Gewalt. Eine größere Wahlbegeisterung wäre unter diesen Umständen unnatürlich.

Politische Rundschau

Deutschland.

Die reaktionären Blockfreunde

Machen sich schon jetzt schwere Sorgen um den Wahlkreis Landeshut-Tauer-Volkenshain. Die „Kreuzzeitung“ erklärt die erste Mahnung an die Freimüßigen, für die konservative Partei zu stimmen, wenn der Sozialdemokrat mit dem reaktionären Kandidaten in die Stichwahl kommt. Das Organ des Bundes der Landwirte aber legt es dem Zentrum nahe, auf die Aufstellung einer eigenen Kandidatur zu verzichten und schon im ersten Wahlgange für den rechtsstehenden Kandidaten einzutreten, dann würde sein Sieg möglich, wenn nicht wahrscheinlich sein. Ohne die Unterstützung der

Zentrumswähler sei ein Sieg so gut wie ausgeschlossen. Man werde also zweckmäßig handeln, wenn man bei der Aufstellung der rechtsstehenden Kandidaten dieser Parteikonfession im Kreise Rechnung trägt. Das soll heißen: Man darf keinen Freikonservativen, wie bisher, aufstellen; sondern man muß einen strengen Agrarier und Rechtskonservativen aufstellen, der dem Zentrum durchaus genehm ist. Die „konservativ-kerikale Paarung“ in dem schlesischen Wahlkreise kann hiernach noch zu lustigen Zwischenspielen führen.

Bethmann im Wiener Reichsrat.

Der Präsident des österreichischen Reichsrates, Dr. Pallai, ein Führer der Christlichsozialen, nahm die Gelegenheit des nahenden Osterfestes wahr, um Herrn Bethmann-Hollwegs Theorie über die „verflachende“ und „verrohende“ Wirkung des allgemeinen gleichen Wahlrechts richtig zu stellen. Er stellte in der letzten Sitzung vor den Oesterreichern fest, daß das Haus des allgemeinen Wahlrechts so gut gearbeitet habe, wie das frühere Privilegienparlament nur in seinen besten Tagen. Da mit dieser Erklärung sichtlich die bezeichneten Ausführungen Bethmann-Hollwegs getroffen werden sollten, tritt die „Neue freie Presse“ eilig auf die Seite des preussischen Ministerpräsidenten, indem sie „Beweise“ für die Verächtlichkeit der Parliamentslage in Oesterreich zur Stelle schafft. Das edle „Fort-schrittsorgan“ polemisiert gegen den reaktionären Reichspräsidenten scheinbar aus Sympathie für den ersten Beamten des verbündeten deutschen Reiches, tatsächlich jedoch, um die Argumente des preussischen Reaktionärs gegen das österreichische Volkshaus auszunützen.

Sie ist doch etwas Kührendes, diese Bundesstreue.

Die Feuerprobe im Dienste der Reaktion.

Aus Anlaß der jüngsten Straßendemonstrationen ist in gewissen bürgerlichen und behördlichen Kreisen die Frage erörtert worden, ob es nicht zweckmäßig sei, die Feuerwehr zum Auseinanderbringen geballter Menschenmassen in Aktion treten zu lassen, wie das in Amerika, dem Lande der unbegrenzten Möglichkeiten, der Fall sei, und wie es auch kürzlich in Rensselaer geschehen ist.

Die „Berliner Volkszeitung“ wendet sich sehr energisch dagegen, die Feuerwehr zu solchen Mitteln der ersten der Polizei heranzuziehen. Das ausgezeichnete Verhältnis, das sich in Berlin seit sechzig Jahren zwischen der Bevölkerung und der Feuerwehr herausgebildet hat, würde mit einem Schlag zerstört sein. Das Blatt fügt hinzu:

„Die Feuerwehr möchten wir denn doch unter allen Umständen davor bewahrt sehen, daß der Schatz von Vertrauen und Popularität, den sie in der Berliner Bevölkerung hat, vergebend und verpufft werde, indem man sie zur Vollstreckung der krankhaften polizeilichen Wesperrungs- und Straßen„säuberungs“sucht macht. Das hat die Berliner Feuerwehr wirklich nicht verdient! Das ganze Gerede und Gefrage, wie man den Demonstranten begegnen könne, ist überflüssig, wenn die Polizeiverwaltung in Berlin endlich begriffen haben wird, daß sie nichts weiter zu tun hat, als sich von allen Demonstrationen hübsch fernzuhalten. Denn es ist nunmehr hundertfach erwiesen, daß die öffentliche Ordnung nirgends gestört wird, wenn man die Demonstranten ruhig gewähren läßt.“

Freilich! Wer noch nicht erkannt hat, daß manche Polizei die Verantwortung für alle Störungen trägt, daß sie die eigentliche Ruhestörerin ist, dem ist nicht zu helfen.

Krisis im nationalliberalen Parteivorstand.

Die „Kreuzzeitung“ behauptet, daß innerhalb des Vorstandes der nationalliberalen Partei eine Krisis ausgebrochen ist, deren Spitze sich gegen den Abg. Basser-mann richtet. Sedenfalls ist es auffällig, daß der Abg. Basser-mann die letzten Tage an den Verhandlungen des Reichstages nicht mehr teilnahm, sondern sich vom Präsidenten für einige Tage Urlaub erbeten hatte. Die „Nationalliberale Korrespondenz“ behauptet allerdings, es handele sich bloß um einen albernem Couloirklatsch, aber es hat doch den Anschein, als ob dieses Dementi auf etwas schwachen Füßen stände. Für den aufmerksamen Beobachter kann es keinem Zweifel unterliegen, daß in der nationalliberalen Reichstagsfraktion Mißhelligkeiten bestehen. Wer den engeren Verkehr beobachtet, in dem der Abg. Graf Orlova, trotzdem er der Fraktion nicht mehr angehört, mit einigen Mitgliedern der nationalliberalen Reichstagsfraktion steht, der muß allerdings in den Behauptungen der „Kreuzzeitung“ nicht bloß ein leeres Gerübel erblicken.

Auch in einem Artikel der „Post“ wird scharf gegen die Nationalliberalen vorgegangen. Es wird behauptet, daß die Nationalliberalen alles getan haben, um das Vertrauen der Industrie zu erschüttern, besonders das ganz unverständliche Subjekt der sogenannten Jungliberalen um

Die Kunst der breiten urteilslosen Masse, das unbedenkliche Versprechen des Eintretens für sehr weitgehende sozialpolitische Forderungen haben selbst die treuesten Anhänger der nationalliberalen Partei an dem Ziel der Parteileitung irre gemacht.

Man darf unter diesen Umständen annehmen, daß in der Tat ein großer Teil der nationalliberalen Reichstagsfraktion mit der Haltung Baffermanns nicht mehr einverstanden ist und es ist keineswegs ausgeschlossen, daß je nach dem Ausfall der nächsten Reichstagswahlen die nationalliberale Reichstagsfraktion sich spaltet.

Differenzen im Reichsverband.

Wie ein Chemnitzer Blatt erfahren hat, sind in der Leitung des Reichsverbandes gegen die Sozialdemokratie erhebliche Differenzen ausgebrochen. Die Ortsgruppen des Verbandes, Dresden und Leipzig stehen an der Spitze der Opposition. Es ist schon vor einiger Zeit aufgefallen, daß der Leiter der Verbandsstelle in Dresden sein Amt plötzlich aufgegeben und Dresden verlassen hat, so daß der Berliner Vorstand bei den Dresdener Mitgliedern eine Umfrage veranstaltete, um festzustellen, ob die Beiträge bereits gezahlt seien. Man hat nun die Geschäftsstelle in Dresden endgültig aufgegeben und nur für Leipzig einen neuen Beamten eingesetzt. Auch dort ist nicht alles Gold, das glänzt!

Eine Vergnügungstour auf Reichskosten

wollen die Reichstagsabgeordneten Görke (Natl.) und Naken (Zentrum) nach Klauschau machen; sie haben sich zu diesem Behufe eine „Einladung des Reichsmarineamtes“ beschafft und teilen nun der Öffentlichkeit mit, daß die Reise unternommen werde, um die dortigen Verhältnisse zu „studieren“. Görke ist Oberlehrer in Brandenburg, nebenbei noch Mitglied des Reichsverbandes gegen die Sozialdemokratie, und Naken ist Kaufmann in Eichweiler.

Die Reichsversicherungsvorordnung

wird von Professor Dr. Stier-Somlo in Bonn, dem Herausgeber des Reformblattes für Arbeiterversicherung, in der „Kölnischen Zeitung“ einer eingehenden Kritik unterzogen. Er stimmt der Vorlage im allgemeinen zu, gegen die vorgesehene Halbierung der Beiträge erhebt er jedoch erhebliche Bedenken. Er sagt: So schön und zweckmäßig vielfach die Parität im Arbeitsverhältnis ist, so hat man doch hier realen politischen Tatsachen ins Gesicht zu sehen. Diese bestehen darin, daß die Krankenfürsorge der einzige Zweig der Sozialversicherung ist, hat man damit zu rechnen, daß das bisherige Beitrags- und Machtverhältnis bereits ein Vierteljahrhundert besteht, und daß eine Änderung hierin zum Entzünden der Leidenschaften beitragen muß, zumal hier der Widerstand von dem großen Gedanken der Selbstverwaltung getragen wird. Selbst wenn Kanteln dafür geschaffen werden könnten, daß die Selbstverwaltung der Arbeiter nicht leide, würde aus leicht verständlichen psychologischen Gründen Kampf, Erbitterung und Verdrossenheit sich gegen diese Bestimmung richten. Wenn, wie verkantet, die preussische Regierung ihre Zustimmung zur Verabschiedung des Entwurfs von dieser Halbierung abhängig macht, so wird sie auch die volle Verantwortung für die sozialpolitischen, aber auch für die allgemein politischen Konsequenzen dieser neuen Einrichtung auf sich zu nehmen haben. Der Hauptgrund des Vorgehens liegt eingeständenermaßen in dem Einfluß der Sozialdemokratie in den Ortskrankenkassen. Stier-Somlo meint schließlich, wenn wirklich ein parteipolitischer Mißbrauch der Kasseneinrichtungen vorhanden sei, so gäbe es andere Mittel zu ihrer Verhütung, so die Nachprüfung des Etats und der Wahlen der Kasseneinrichtungen durch die Aufsichtsbehörde.

Aus dem Reichstagswahlkreis Dieckhoff-Johannsbürg.

Laut Vereinbarung haben die jetzt „fortschrittliche Volkspartei“ firmierenden Freisinnigen, die 1907 in diesem Wahlkreis 833 Stimmen aufbrachten, das Feid den Nationalliberalen abgetreten. Für diese kandidiert jetzt ein Rittergutsbesitzer, der, um die Bauern für sich zu gewinnen, sich nur schlechtweg Gutsbesitzer und Landwirt nennt. Schon jetzt — die Wahl findet erst am 14. April statt — sind die nationalliberalen und konservativen Junker in diesem rein ländlichen masurischen Wahlkreis hart aneinander geraten.

Für den konservativen Kandidaten, den Landrat Brämer, arbeitet, wie gewöhnlich, der ganze behördliche Apparat mit Hochdruck. Fast sämtliche Gemeindevorsteher verweigern beispielsweise den Nationalliberalen das Abschreiben der Wählerlisten. Ferner wurden am 14. März den Nationalliberalen von drei verschiedenen Gastwirten die Hergabe ihrer Lokale zu Versammlungen abgelehnt mit der Begründung, der Herr Amtsvorsteher hätte erklärt, er würde sie bestrafen, falls sie ihren Saal für die Nationalliberalen hergeben sollten.

Mit weich hochtönenden Phrasen die Nationalliberalen die masurischen Bauern zu ködern versuchen, beweist folgender Schluß eines Artikels der „Masurenischen Zeitung“:

„Das arme Masuren liegt elend daneben, es ist verarmt und vernachlässigt, niemals haben die Konservativen sich um die wirtschaftliche Debung Masurens bemüht. Das soll anders werden, wenn die Nationalliberalen erst diesen Wahlkreis erobert haben, neues Leben wird hier einziehen, aus der armen verlassenem Erde soll eine blühende Landschaft werden, aus der vielfach verkommenen Bevölkerung sollen wohlhabende Bewohner werden. — Drum Ihr Bürger, Bauern und Beamte, wer es gut meint mit Masuren, der wähle den Besseren Herr Kochan.“

Nach Schwaabacher Stil.

Für die sozialdemokratische Partei kandidiert Parteisekretär Hermann Linde aus Königsberg. Die Genossen haben diesen Sonntag das erste Flugblatt verbreitet. Sie stehen vor einer sehr mühevollen, mit persönlichen Opfern verbundenen Arbeit. Der Wahlkreis hat 27 552 Wahlberechtigte; aber unter einer Gesamtbevölkerung von 144 923 Köpfen sind nur fünf Städte mit zusammen 26 700 Einwohnern.

Die reichslandische Verfassungsfrage.

In der „Humanität“ bespricht Genosse Preuss die in Aussicht stehende Änderung der Reichsliste Elsaß-Lothringens. Nach einer Darstellung des jetzigen Standes

der Dinge begrüßt er die Erweiterung der Landesrechte. Er bedauert, daß von der Einführung einer republikanischen Verfassung nicht die Rede sei, obwohl sich bei den Hauptstädten die Vereinbarkeit republikanischer Staatsform mit dem überwiegend monarchischen Charakter des Reiches als möglich erwiesen habe. „Trotz alledem“, fährt er fort, „zeigt die Sprache ihrer Abgeordneten und ihrer Presse, daß sie mit Freude die Gewähr einer besseren Zukunft aufnehmen werden. Unnötig, die glücklichen Folgen der Autonomie in Hinsicht auf die energische Selbstverwaltung darzulegen. Noch beträchtlicher werden sie für die internationale Lage sein. Für alle, die in der Versöhnung, in der Annäherung Frankreichs und Deutschlands eine der wichtigsten Garantien des Friedens und des Fortschritts der Zivilisation erblicken, bietet die Herstellung der elsäß-lothringischen Autonomie ein besonders großes Interesse. Solange das brutale Recht der Gewalt die einzige Grundlage des 1871 geschaffenen territorialen und rechtlichen Zustandes bleibt, solange die Einwohner wie ein Viehstand behandelt werden, der mit dem Boden geht, so lange besteht der vor 40 Jahren begangene gewaltsame Eingriff gerade in dem, was ihn unheilbar macht, fort. Dieser Eingriff bestand nicht darin, daß man einem Lande ein Stück seines Gebietes mit der zugehörigen Bevölkerung genommen hat: gewiß eine Gewalttat, die schmerzliche Spuren hinterläßt und dem nationalen Stolz grausame Verletzungen zufügt. Aber das Verbrechen, das unverzeihliche Attentat, das einen unerschreitbaren Abgrund gräbt, ist, daß man das Volk selbst seines heiligsten Rechtes beraubt hat, daß man menschliche Wesen wie eine Art lebenden Mobiliars behandelt hat, mit dem man eine Provinz ausmöbliert, deren Geschicke sie teilen muß. Die Elsaß-Lothringer haben niemals aufgehört, gegen diese brutale Verabingung zu protestieren. Solange sie nicht dieses volle Recht der Selbstregierung wiedererlangt haben, das ein Zubehör der menschlichen Persönlichkeit ist, so lange wäre es vergeblich, von einem herzlichen Einverständnis zwischen Frankreich und Deutschland zu träumen. Je weniger Frankreich daran denkt, irgend etwas zu erobern oder wiederzuerobert, um so weniger kann es mit der gewalttätigen Herrschaft eines anderen über die Seele eines Volkes einverstanden sein. Nach alledem gehört Elsaß-Lothringen, kann es gehören keinem, weder Deutschland noch Frankreich. Es gehört, muß gehören sich selbst.“

Diese Auffassung, die mit dem von der deutschen und der gesamten internationalen Sozialdemokratie vertretenen Selbstbestimmungsrecht der Völker übereinstimmt, zeigt, daß unsere französischen Genossen von dem bloßen Revanchegeschrei der französischen Geschäftspatrioten weit entfernt sind. Es wird natürlich nicht ausbleiben, daß sie darum von den „echten Patrioten“ genau so mit Schmutz beworfen werden wie wir von den unseren. Trotzdem wird die Sozialdemokratie aller Länder keinen Schritt vom Wege der Gerechtigkeit und Völkerfreiheit abweichen, den sie, allen Verfolgungen und Verleumdungen zum Trotz, bis heute stets innegehalten hat.

Die richtige Antwort!

In der gestrigen Stadtverordnetenversammlung in Frankfurt a. M. lehnte bei der Schlußabstimmung zum Etat die sozialdemokratische Fraktion, im Gegensatz zu den Vorjahren, den Etat ab. Begründend wurde ausgesprochen, daß bei der Neuregelung der städtischen Steuerhältnisse dem Grundsatze gehuldigt werden sei: Schonung nach oben und Belastung nach unten. Nach dem Verhalten des Magistrats in der preussischen Wahlrechtsfrage, dem Verhalten derselben Körperschaft bei der Interpellation über das Vorgehen der Polizei bei den Straßendemonstrationen könne die sozialdemokratische Fraktion dem Magistrat kein Vertrauensvotum aussprechen.

Osterreich-Ungarn.

Die rauschhaften ungarischen Parlamentarier werden sich wegen ihrer tötlichen Angriffe auf die Minister vor Gericht zu verantworten haben. Es scheint, daß die parlamentarische Immunität Körperverletzungen nicht deckt. Eine Depesche aus Budapest meldet: Gegen die Urheber des Angriffes auf den Ministerpräsidenten und den Ackerbauminister im Abgeordnetenhause ist von der Polizei eine strafgerichtliche Voruntersuchung eingeleitet. — Abends veranstalteten die Sozialisten Volksversammlungen zugunsten des allgemeinen Wahlrechts. Nach Schluß derselben fand eine Straßendemonstration statt, bei der Raketen zur Explosion gebracht wurden. Die Polizei schritt mit blanker Waffe ein. Zwölf Personen wurden verhaftet. Mehrere Personen sind verwundet worden.

Der ungarische Reichstag wurde gestern mit einer Thronrede geschlossen. In der Thronrede wird erklärt, daß die Tätigkeit des Reichstages nach vierjähriger Dauer sowie das notwendige harmonische Zusammenwirken der verfassungsmäßigen Faktoren ins Stocken geraten sei. In dieser für das Land schädlichen Lage sei beschlossen, den Reichstag vor Ablauf des Mandats aufzulösen. Die Thronrede gibt der Hoffnung Ausdruck, daß das Einverständnis und das gegenseitige Vertrauen zwischen dem König und der Nation den ungestörten Gang des verfassungsmäßigen Lebens sichern werde.

Italien.

Der Rücktritt des Ministeriums. In Stallen ist wieder einer jener Szenen- und Personenwechsel eingetreten, die für dies Land, wo es scharf geschiedene bürgerliche Parteien eigentlich nicht gibt, sondern nur um einzelne revalifizierende Persönlichkeiten gescharte Gruppen, so bezeichnend sind. Die Frage, über die Sonninos Ministerium stürzte, ist die der Schiffahrtssubventionen. Die Reeder, Werftbesitzer usw. wollen dem Staate viele Millionen abnehmen, und die natürlich kapitalistisch empfindenden Parlamentarier haben dagegen gar nichts einzuwenden, sind vielmehr dazu bereit, auf Kosten der Steuerzahler die Aktionäre (zu denen sie natürlich auch gehören) zu bereichern. Aber über die Form dieser Subventionen und darüber, welche Ausbeute bevorzugt werden sollen, bestehen natürlich Differenzen zwischen den einzelnen Cliquen. Der schlaue Giolitti, unter dessen Ministerium der Raubzug projektiert wurde, wollte sich denken, nach einer Gelegenheit zum Rücktritt wahr und überließ es seinem Rivalen Sonnino, sich an dieser

Platz die Zähne auszubelßen. Wohl oder übel mußte dieser der Kammer einen bestimmten Plan vorlegen und durch seinen Marineminister Belloso verteidigen lassen. Es galt als sicher, daß die Giolittianer das Ministerium Sonnino solange amtierend lassen würden, bis die Schiffahrtssubventionen erledigt sein würde. Wenn Sonnino so für Giolitti die Kastanien aus dem Feuer geholt hätte, dann war ja immer noch Zeit, an seine Befestigung zu denken. Plötzlich wurde aber anders beschlossen. Die in der Kammer eine starke Majorität bildenden Giolittianer nahmen eine Haltung an, die erkennen ließ, daß sie gegen das Subventionsgesetz in der Fassung, die ihm das Ministerium Sonnino gegeben, stimmen würden. Darauf reichte Sonnino die Demission des Ministeriums ein, die angenommen wurde. Wer nun die Regierung übernehmen wird, ist unbestimmt. Der schlaue Giolitti, der sich bereits an den Schiffahrtssubventionen die Finger verbrannt, hat keine Lust, von neuem an diese schlimme Geschäfte heranzugehen. Er wird voraussichtlich die heikle Abwicklung dieser Sache zunächst andern überlassen und warten, bis die Steine des Anstoßes ihm von diesem aus dem Wege geräumt sind. — Dadurch, daß die Kräfte sozusagen „aus heißer Haut“ kam, gerade in dem Augenblick, als der deutsche Reichskanzler in Rom eintraf, erhält das Mandat über einen merkwürdigen Beigeschmack. Es sieht so aus, als ob man dem Dreibundsgenossen zu verstehen geben wollte, man habe keine Neigung mehr, die üblichen Phrasen vom Friedensbündnis zu dreschen.

Schweden.

Das Frauenwahlrecht markiert. In Stockholm wurden 2 Frauen ins Stadtverordnetenkollegium gewählt und zwar eine Sozialistin, Fräulein Malinsson, und eine Konservative, Fräulein Dr. Palmgren.

Aus Lübeck und Nachbargebieten.

Mittwoch, den 23. März

Achtung, Stultkure und Hilfsarbeiter! Wegen Differenzen ist die Firma F. v. Faber, Lübeck, für Stultkure und Hilfsarbeiter gesperrt.

Trinkt kein Lütjensburger Bier und Schnaps! Weil sich die Brauereiarbeiter der Firma D. H. Völl, Lütjensburg, organisierten, wurden sie ausgesperrt. Arbeiter melden das Bier und den Schnaps des Herrn D. H. Völl, Lütjensburg.

Der Bürgerausschuß hat in der Nacht zum Sonntag die Beratung des Staatsbudgets beendet. Eine ganze Reihe von Positionen erfordern Veränderungen oder wurden ganz gestrichen. Eine vom Bürgerausschuß zur Vorprüfung des Vorschlages eingesetzte Kommission hatte u. a. beantragt, den für die Gehalte der nichtpensionsberechtigten Hilfsarbeiter im Bauamt eingestellten Betrag von 74 140 Mk. auf 60 000 Mk. zu ermäßigen, die auf 12 500 Mk. geschätzten Kosten der Einrichtung einer Seemaschinenfabrik in ehemaligen Güttersabrikgebäude des alten Bahnhofs, 100 000 Mk. für Volksschulbauten, sowie die auf 60 000 Mk. veranschlagten Kosten der Abaggerung der Bastion „Rehbock“ und die Regulierung des Stadtgrabens bei der Puppenbrücke zu streichen. Den Abschnitt „Nachträgliche Bewilligungen 200 000 Mk.“ empfahl die Kommission auf 550 000 Mk. zu erhöhen mit Rücksicht auf die zu erwartenden erheblichen Mehraufwendungen, die im Laufe des bevorstehenden Rechnungsjahres der Staatskasse erwachsen werden, wenn die Revision des Beamtenbesoldungs-Stats und ähnliche in Vorbereitung befindliche Gesetzesvorlagen zum Abschluß kommen sollten, ohne daß dem Bedarf entsprechende dauernde Einnahmequellen erschlossen sein werden. Insgesamt ergibt danach der Vorschlag einen Fehlbetrag von 586 019,13 Mark gegen 469 586,96 Mk. in der Senatsvorlage. Zur Deckung dieses Fehlbetrages empfiehlt die Kommission einen Zuschlag von 20 Proz. zur Einkommensteuer der mit einem Einkommen von über 1200 Mk. beginnenden Steuerklasse zu erheben. Ein solcher Zuschlag würde die Summe von annähernd 586 000 Mk. erbringen. Ferner beantragt die Kommission: Der Bürgerausschuß wolle den Senat ersuchen: 1. daß die Allgemeine Armenanstalt als selbständige Anstalt aufgehoben und ihr Vermögen in das Staatsvermögen übergeführt werde; 2. in Erwägung zu ziehen, ob nicht die öffentlichen Wohltätigkeitsanstalten dem Staatsbudget organisch zu verbinden sind; 3. in Erwägung zu ziehen, ob nicht die Beiträge der ländlichen Schulgemeinden zu den Schulkosten entsprechend ihrer gegenwärtigen Leistungsfähigkeit zu erhöhen sind. Der Bürgerausschuß stimmte den meisten Anträgen seiner Kommission zu. Nach seinen Beschlüssen ergibt sich für das Rechnungsjahr 1910 ein Fehlbetrag von 593 283,96 Mk., der entsprechend dem Antrage der Kommission durch einen zwanzigprozentigen Zuschlag zur Einkommensteuer auf alle Einkommen über 1200 Mk. aufgebracht werden soll. Ein vom Genossen W. Bape gestellter Änderungsantrag, den unter Belastung des vom Senat für Volksschulbauten eingestellten Betrages von 100 000 Mk. entstehenden Fehlbetrag zunächst durch Erhebung eines zwanzigprozentigen Zuschlages von den Einkommen über 2000 Mk. zu decken und den noch entstehenden Ausfall durch eine progressivere Steigerung der Besteuerung auszugleichen, wurde in der Kommission mit allen gegen die Stimmen des Antragstellers abgelehnt. Angenommen wurde folgender Antrag von Dr. Ziehl: „Bei seinem Beschlusse zum XIX. Abschnitt der Ausgaben des Voranschlages (Erhöhung der Nachträglichen Bewilligungen um 350 000 Mk.) ist der Bürgerausschuß von der Überzeugung geleitet, daß für die Bewilligung der Erhöhung der Beamtengehälter die Beschaffung von neuen dauernden Einnahmequellen erforderlich wird und daß der zur Deckung des Fehlbetrages vorgeschlagene Zuschlag zur Einkommensteuer nur als eine provisorische Deckung für das Rechnungsjahr 1910 anzusehen ist.“ Gemäß dem Antrage seiner Kommission beschloß der Bürgerausschuß ferner, den Senat zu ersuchen, daß die Allgemeine Armenanstalt als selbständige Anstalt aufgehoben und ihr Vermögen in das Staatsvermögen überführt werde, sowie in Erwägung zu ziehen, ob nicht die öffentlichen Wohltätigkeitsanstalten dem Staatsbudget organisch zu verbinden sind. Auf Antrag von Dr. von Brocken beschloß der Bürgerausschuß, den Senat zu ersuchen, eine Revision der Stempelordnung herbeizuführen.

Der Senat ist den meisten kleinen Änderungen, die der Bürgerausschuß am Voranschlag vorgenommen hat, beigetreten. Dagegen ist er u. a. nicht einverstanden mit der Streichung der Abaggerung der Bastion „Rehbock“ und der Regulierung des Stadtgrabens unterhalb der Puppenbrücke. Weiter wendet sich der Senat scharf dagegen, daß unter der Position „Nachträgliche Bewilligungen“, die der Bürgerausschuß um 350 000 Mk. erhöht hat, die Gehaltsaufbesserung der Beamten fallen soll. Der Senat hält daran fest, daß die Gehaltsaufbesserungen der Beamten nicht eher durchgeführt werden können bis durch Schaffung neuer Einnahmequellen die Deckung dafür gegeben worden ist. Der Streichung von 100 000 Mk. für Volksschulbauten stimmt der Senat nicht zu.

Nach den Abänderungsvorschlägen des Bürgerausschusses, so weit ihnen der Senat beigetreten ist, beträgt die Gesamtsumme der Einnahmen 13 563 258,21 Mk., die Gesamtsumme der Ausgaben 13 933 990,07 Mk., so daß ein Fehlbetrag von 425 701,86 Mk. zu decken ist, was durch einen Zuschlag von 15 Prozent zur Einkommensteuer der mit 1200 Mark begrenzten Steuerklasse geschehen soll.

Das Lübeckische Staatsschuldbuch. Von der Staatsschuldenverwaltung wird über die Einrichtung des Lübeckischen Staatsschuldbuches das Folgende mitgeteilt: Durch Gesetz vom 24. November 1909 ist die Einrichtung eines Lübeckischen Staatsschuldbuches zum 1. April 1910 beschlossen. Das Staatsschuldbuch hat den Zweck, das Forderungswesen zu sichern, welches der Inhaber (bzw. der sonst Berechtigte) einer Lübeckischen Staatsschuldschreibung gegen den Lübeckischen Staat hat. Durch die Eintragung der Forderung in das Staatsschuldbuch wird das Recht des Gläubigers auf Kapital und Zinszahlung von der einzuliefernden Schuldschreibung völlig unabhängig. Der Gläubiger kann sich auf diese Weise in vollem Umfang gegen die Gefahr des Verlustes der Schuldschreibung und der Zinsscheine schützen und sich mit der Aufbewahrung und der Verwaltung der Papiere verbundenen Mühen und Kosten ersparen, insbesondere braucht er bei den tilgbaren Anleihen auch nicht die etwaige Anstufung zu überwachen.

Gegen die bisher in Lübeck übliche Umschreibung auf Namen bietet die Eintragung in das Staatsschuldbuch namentlich den Vorteil, daß der Gläubiger auch gegen den Verlust der Zinsscheine geschützt ist, da die Befugnis zur Umschreibung lediglich die Eintragung geknüpft ist. Der Gläubiger behält das freie Verfügungsrecht über seine Forderung. Er kann beantragen, daß sein Name oder ein anderer Name als Gläubiger eingetragen wird, sowie Zinsen eintragen lassen, durch welche die Rechte des Gläubigers aufgehoben oder beschränkt werden. (Nicht-brauch usw.)

Der Berechtigte kann gegen Einforderung eintragbarer Schuldschreibungen Zuschreibungen veranlassen, sowie die Nachforderung durch Übertragung an ein anderes Konto abtreten. — Er kann die Forderung löschen lassen und erhält dann neue Schuldschreibungen zu dem gleichen Nennwert und dem gleichen Zinssatz und bei den tilgbaren Anleihen mit den gleichen Nummern wie die fernereit eingelieferten Schuldschreibungen, deren Nummern bei den eingetragenen Forderungen im Staatsschuldbuch vermerkt waren. Die Benutzung des Staatsschuldbuches empfiehlt sich für dauernde Kapitalanlagen in den Staatsschuldpapieren, insbesondere für Mündel-, Stiftung-, Sparkassengelder und dergleichen.

Die erste Eintragung in das Staatsschuldbuch bei der Umwandlung von Staatsschuldschreibungen in Buchschulden des Staates erfolgt gebührenfrei. Alle Anträge, Anfragen und Gesuche in Staatsschuldsachen sind an die Staatsschuldenverwaltung zu richten und mit dem Vermerk „Staatsschuldbuch-Angelegenheit“ zu versehen. Das Gesetz betr. das Lübeckische Staatsschuldbuch mit erläuternden Anmerkungen sowie Formulare zu Anträgen auf Eintragung in das Staatsschuldbuch werden von der Staatsschuldenverwaltung in Lübeck kostenfrei verabfolgt.

Das Krematorium auf dem Borswerfer Friedhof, das unter fünfjähriger Zinsgarantie des hiesigen Feuerbestattungsvereins erbaut worden ist, ist nunmehr betriebsfertig. Gestern fand im Beisein von Vertretern der Behörden und des Vorstandes des Feuerbestattungsvereins eine Probeverbrennung von Tierkadavern statt, die — wie es heißt — aufs glänzlichste verlief. Vertreter der Presse hatte man nicht geladen.

Ein kleines Feuer entstand gestern abend gegen 6 1/2 Uhr auf der Travemünde unterhalb der Lachwehr. Dort ging das Gras und Reis auf bisher noch nicht aufgeklärte Weise in Flammen auf. Die Feuerwehr löschte das Feuer mittelst Sand, welches auf die brennenden Stellen geworfen wurde.

Bewältigungsbewegung im Lübeckischen Staat während des Februars 1910. Die Zahl der Eheschließungen betrug 47 (1909: 56), die der Lebendgeburten 235 (222) und die der Sterbefälle 143 (132). Der Geburtenüberschuß belief sich demgemäß auf 92 (90). Uneheliche Geburten kamen 24mal vor. Totgeburten wurden 3 mal registriert.

Konkursverfügung. Über das Vermögen des Kaufmanns G. F. Kötter in Lübeck, Wickedeustraße 52, zurzeit unbekanntem Aufenthaltsort, ist am 22. März 1910, nachmittags 1 1/2 Uhr, das Konkursverfahren eröffnet worden. Der Kaufmann W. O. Möller in Lübeck, Storkengießerstraße 63, wurde zum Konkursverwalter ernannt.

Handelsregister. Am 22. März 1910 ist in das Handelsregister die Firma „Heimstätten-Gesellschaft mit beschränkter Haftung“ mit dem Sitze in Lübeck eingetragen worden. Gegenstand des Unternehmens ist, unbemittelten Familien gesunde und zweckmäßige Wohnungen in eigens gebauten Häusern zu billigen Preisen zu verschaffen. Das Stammkapital beträgt 50 000 Mk. Geschäftsführer sind: 1. Senator Dr. Georg Kalkbrenner, Vorsitzender. 2. Senator Heinrich Coers, stellvertretender Vorsitzender. 3. Landrichter Dr. Walter Riper. 4. Kaufmann Johannes Köhmann. 5. Direktor Dr. Hermann Julius Hartwig. 6. Fabrikant Jacob Wiesner. 7. Baupolizeiter Carl Mühlensfordt. 8. Fabrikant Bernhard Dräger, sämtlich zu Lübeck. Der Vorstand wird durch den Vorsitzenden oder dessen Stellvertreter und einen zweiten Geschäftsführer nach außen hin vertreten. Die Berufung der Versammlungen der Gesellschafter erfolgt durch einmalige Bekanntmachung im Amtsblatt (Lübeckische Anzeigen).

Der Kaninchen-Zuchtverein für Lübeck und Umgegend hält seine diesjährige Ausstellung an den beiden Otertagen in den Räumen der Hanfa-Halle ab. Zur Schau kommen hauptsächlich Zuchttiere aller Rassen, wie belgische Nissen, in Größe bis zu 74 cm Körperlänge, englische Widder, französische Widder, und eine hier noch nicht gezeigte Rasse, das Savanna-Kaninchen in mehreren Exemplaren. Auch eine Neuerung hat der Verein eingeführt: es sind nämlich in den beiden Tagen Proben von gebrotenem Kaninchenfleisch in der Restauration zu jeder Tageszeit erhältlich. Öffentlich sieht der Verein seine Mühe durch zahlreichen Besuch bedingt.

Neues Stadttheater. Man schreibt uns: Morgen Donnerstag geht hier zum ersten Male das wirkungsvolle Schauspiel „Leonarda“ von Büdnersons in Szene. In den Hauptrollen sind die Damen Wetke, Walter, Vogt, Brandes, Gerlach, sowie die Herren Stahl-Nachbaur, Brumow, Laube, Meynaber, Scholz und Ulmar beschäftigt. Die Inszenierung liegt in Händen des Herrn Intendantenrat Rutschholz. Am Freitag bleibt das Theater geschlossen. Für Sonnabend befindet sich Kreuzers romantische Oper „Das Nachtlager in Granada“ ausnahmsweise bei Mittelweisen in Vorbereitung.

Stockeldorf. Eine öffentliche Versammlung findet morgen, Donnerstag, abends 8 Uhr, im Lokale des Herrn Baetau in Fackenburg statt. Referent ist die Gewerkschaft Leu-Schwartz. Zahlreicher Besuch ist notwendig.

Schwartz. Die Sprechstunde des Arbeitersekretariats findet des Karfreitags halber schon am Donnerstag, den 24. März 1910, abends von 5 bis 8 Uhr im Lokale des Herrn Winkert, „Gasthof Transvaal“, statt.

Seerath. Unsere Parteiversammlung findet am heutigen Mittwoch, dem 23. März, abends 8 Uhr, bei Prähske statt. Die wichtige Tagesordnung erfordert das Erscheinen aller Genossen und Genossinnen.

Matheburg. Totschlag. Auf dem Gute Niendorf am Schaalsee waren in der Nacht zum Dienstag zwei ausländische Arbeiter in Streit geraten. In der Gegenwehr trat der eine seinen Gegner so unglücklich mit dem Stiefel, daß er auf der Stelle tot war. Der Täter wurde verhaftet.

Altona. Wegen Zweikampfs mit tödlichen Waffen hatte sich der Referendar H. vor der Strafkammer I des Altonaer Landgerichts zu verantworten. Der Angeklagte wurde dem Antrage des Staatsanwalts gemäß zu der niedrigsten zulässigen Strafe von 3 Monaten Zerstreuung verurteilt. Sein Gegner, ein Leutnant der Reserve im 86. Infanterie-Regiment, A., und der Kartellträger Referendar H. sind vom Kriegsgericht zu 3 Monaten resp. 1 Tag Zerstreuung verurteilt worden. — Die Duelljury haben bekanntlich in ihren Klaffengossen stets milde Richter!

Nennmister. Eine Säbelaffäre spielte sich in der Nacht vom Sonnabend auf Sonntag in der Brachsenfelderstraße ab. Der Schuhmann Stevers wollte in der Petersstraße einen Radfahrer, der ohne Laterne fuhr, feststellen. Da dieser in schärferem Tempo fuhr, stellte sich der Beamte vor das Rad, so daß der Fahrer auf das Straßenpflaster fiel. Hier blieb er liegen und gab an, sich ein Bein gebrochen zu haben. Der Schuhmann brachte ihn nach der Wirtschaft von Grünwald. Da der Radfahrer keine Papiere bei sich hatte, wollte ihn S. zur Wache bringen, um seine Personallisten festzustellen. In der Brachsenfelderstraße sollen ihn dann die Arbeiter Tode und Jäger verfolgt und mit einem Knüttel über den Kopf geschlagen haben. Der Schuhmann soll sich wieder aufgegriffen und von seiner Waffe Gebrauch gemacht haben. Tode erhielt so schwere Kopfverletzungen, daß er mehrfach genäht werden mußte; außerdem wurde er an der Hand verletzt, angeblich, als er dem Schuhmann den Säbel entreißen wollte; er ist noch nicht vernehmungsfähig. Jäger wurde am Sonntag verhaftet. Der Radfahrer ist während des Handgemenges entwichen.

Kiel. Großfeuer. Sämtliche Wirtschaftsgebäude des Gutes Schönhorst bei Schönkirchen sind heute abend niedergebrannt. 20 Stück Rindvieh und viel Kleinvieh kamen in den Flammen um. Ranken der Dampfschleppmaschine hatten den Brand verursacht.

Kiel. An die Solidarität der Arbeiterschaft und der gesamten Wahlrechtsfreunde appelliert der Aufruf der „Schleswig-Holsteinischen Volkszeitung“, in dem es u. a. heißt: „Es ist sicher, daß der Kampf um das Wahlrecht noch schärfere Formen annehmen und noch mehr Opfer fordern wird als bisher. Es ist sicher, daß auch dabei wie bisher die Arbeiter Kiels sich an der Spitze der Bewegung halten werden. Natürlich wird es dann den Klassen der Organisationen nicht immer leicht sein, all die Mittel aufzubringen, die der eventuelle landesweite politische Massenstreik erfordern kann. Unter den Umständen wäre es nicht richtig, nur mit den Reichen der Organisationen zu rechnen und sich nur auf die regelmäßigen Beiträge ihrer Mitglieder zu verlassen. Wer Parteigenosse ist und Einnahmen hat, die über den Durchschnitt hinausgehen, und wer, ohne Parteigenosse zu sein, Freund des demokratischen Wahlrechts ist und Sympathien hat für das gewaltige Ringen, das jetzt einsetzt, der sollte eine Gelegenheit finden, nach seinen Mitteln beizutragen.“

Flensburg. Acht Reichstagskandidaten werden für die nächste Reichstagswahl im zweiten schleswig-holsteinischen Wahlkreis (Flensburg-Openrade) aufgestellt werden; fünf von ihnen sind bereits nominiert. Nachdem zunächst von den Nationalliberalen der Mühlentöbeler und Handelskammerpräsident G. Gollsen-Flensburg, von der Fortschrittlichen Volkspartei der Großkaufmann H. Leube-Altona und von den Sozialdemokraten der Flensburger Vertrauensmann Michelsen aufgestellt ist, folgt der Bund der Landwirte mit der Nominierung des Schriftstellers Grafen Ernst v. Reventlow-Berlin, und auch die Demokraten haben einen eigenen Kandidaten proklamiert in der Person des früheren Süsumer Bürgermeisters, jetzigen Rechtsanwalts Dr. Lothar Schilling-Dortmund. Zu ihnen kommen dann noch hinzu ein Kandidat der Dänen, sowie Zählkandidaten des Zentrums und der Jüngerer Mission. — Keine Sühne für ein vernichtetes Menschenleben? Unter der Anklage der fahrlässigen Tötung stand die Landmannswitwe Ohn aus Müllschau vor der Strafkammer. Am 27. Dezember geriet das 18jährige Dienstmädchen Schmidt mit ihren Kleidern in die unbedeckte Welle der Dreischneidmühle. Die Kleider wurden ihr sämtlich vom Leibe gerissen, so daß sie, als das Gabelwerk zum Stehen gebracht war, nur noch einen Strumpf trug. Sie war mehreremal herumgeworfen, wobei sie einen Genickbruch erlitt und sofort den Tod fand. Die Landmannsfrau wurde freigesprochen, weil ihr, da sie sich um den gesamten landwirtschaftlichen Besitz nicht kümmerte, ein Verschulden nicht nachzuweisen war. — Das ist ja eine recht sonderbare Begründung, um die Vorfahrin straflos auszuweichen zu lassen, zumal auch mit keiner Silbe angedeutet wird, wer denn nun als Vertreter der Vorfahrin die Verantwortung für den Unfall zu tragen hat.

Gütkrow. Freigesprochen. Der Stadtrat Ferdinand Bang aus Zehlendorf, der am 27. Dezember v. J. den Stabsarzt a. D. Dr. Karl Eckert in Schlieffenberg bei einer Kaninchenjagd durch einen Schuß in die Seite verletzt hat, an dessen Folgen dieser am 30. Dezember starb, wurde von der hiesigen Strafkammer von der Anklage der fahrlässigen Tötung freigesprochen.

Wismar (Luhe). Ein Großfeuer vernichtete Sonntag die Wohn- und Verkaufsräume sowie das hintere Warenlager der bankrotten Firma Hermann Wolters. Der Brand wurde nachmittags 5 Uhr bemerkt. Es erwies sich als unmöglich, seine Ausbreitung zu verhindern. Der Inhaber des Konsumwarenlagers, Heinrich Düsenberg, weilte zur Zeit des Ausbruchs des Feuers in Lüneburg. Er kehrte nach Empfang der Meldung des Brandes sofort im Automobil hierher zurück. In der zweiten Etage des Hauses befanden sich neben anderen Lagerfächern auch Pulver und Patronen, die mit lautem Knall explodierten.

Soziales.

Der Gerresheimer Wohlfahrtskandal geht weiter. Die Offen und unumwunden manche Unternehmer Gesetze und Rechtspflege mißachten, wenn sie nicht in ihrem Interesse „arbeiten“, zeigt folgendes: Die Gerresheimer Glasfabrik A.-G. ist erst kürzlich vom Düsseldorf-Landgericht verurteilt worden, die von den Arbeitern widerrechtlich als „Sparkassengelder“ einbehaltenen Lohnabzüge an diese zurückzugeben. Wir teilen schon mit, wie unumwunden die Firma durch eine Mitteilung am schwarzen

Brett ihren Arbeitern mitteilte, daß sie an eine Anzahl und der gerichtsnotorisch zu Unrecht zurückbehaltenen Lohnsummen gar nicht denke. Die Firma vom Heye muß das Geld, das sie den Arbeitern abgenommen hat — es macht für ein Jahr die runde Summe von 120 000 Mk. aus —, recht notwendig brauchen, anders läßt es sich nicht erklären, daß ein Betriebsleiter rund heraus erklärte, Spargelder werden nicht mehr ausbezahlt. Nur einige Arbeiter, die jetzt in anderen Betrieben Arbeit erhalten haben, erhielten ihr Geld, und auch diese nur angeblich aus Versehen. Die Arbeiter sollen jetzt auf eine andere Art und Weise um ihr lauer verdientes Geld gebracht werden, und da die Firma sich bis jetzt über den einwandfreiesten Plan, wie man den Gerichtsentcheid umgehen kann, noch nicht ganz klar geworden ist, hat sie einstellend wieder einen Anschlag am schwarzen Brett anbringen lassen, er lautet:

Wir machen unsern Glasmachern, Schürern und Piegern hierdurch bekannt, daß wir ihnen für die vom 20. bis 27. Februar geleistete Arbeit, und zwar: a) den Glasmachern eine Zuwendung von 5 Pf. pro Stüttenhundert; b) den Schürern und Piegern eine solche von 25 Pf. pro Schicht am 31. Dezember dieses Jahres auf ein Sparkassenkonto gutschreiben werden. 1. Bis einer der Fälle eintritt, nach denen, nach den unten abgedruckten Bedingungen, die Auszahlung der Summe an den Arbeitnehmer zu erfolgen hat, verbleibt die Summe vom 20. bis 27. Februar nebst den Zinsen unser Eigentum. 2. Eine Auszahlung des Betrages vom 20. bis 27. Februar erfolgt nicht, wenn der betreffende Arbeitnehmer die Summe, die aus dem Jahre 1909 bis zum 19. Februar 1910 herrührt, sich gegen unseren Willen auszahlen läßt, auch wenn die Auszahlung durch eine gerichtliche Entscheidung bewirkt wird. (!!) Vielmehr verbleibt die Summe nebst den Zinsen dann unser Eigentum.

Gerresheim, den 28. Februar 1910.

(Unterschrift.)
Es ist einfach unglücklich, welche Mittel die Firma anwendet, um die Arbeiter abzuhalten, ihre, ihnen vom Gericht zugesprochenen Rechte auszuüben. Gibt es denn hier wirklich keinen Staatsanwalt? Kläger sind genug da!

Sprechsaal.

(Für den Inhalt dieser Rubrik übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keinerlei Verantwortung.)

In die Bauarbeiterschaft Lübecks.
Infolge der außerordentlich schwierigen Organisationsverhältnisse sieht sich die Agitationskommission der Glaser veranlaßt, an die gesamte Bauarbeiterschaft die Bitte zu richten, uns zu unterstützen. Wir bitten deshalb sich von allen Gläsern unsere kontrollierte Vorzeigen zu lassen und beachten zu wollen, daß dieselbe mit dem Monats- und Zahlstellenstempel versehen sein muß. Karten, die nicht mit beiden Stempeln versehen sind, bitten wir nicht zu berücksichtigen. Glaser, die keine Karte vorzeigen, bitten wir an den Unterzeichneten zu verweisen.

Die Agitationskommission.
J. A.: H. Harn, Hundestraße 4, part.

Schiffsmeldungen.

In Travemünde angekommene Schiffe.

- Dienstag, 22. März.
D. Stockholm, Kap. Dieckow, von Königsberg in 38 St.
D. Maladen, Kap. Stenfelt, von Kopenhagen in 14 St.
D. Kopenhagen, Kap. Kollander, von Königsberg in 2 T.
D. Cäcilia, Kap. Kint, von Guavit in 7 T.
D. Neptun, Kap. Nielsen, von Kopenhagen in 5 T.
D. Anna, Kap. Sjöberg, von Elöby in 4 T.
D. Sarah, Kap. Fredriksen, von Falkenberg in 8 T.
D. Seeadler, Kap. Mewz, von Wismar in 3 St.
D. Meta, Kap. Lohmer, von Fehmarn in 4 St.
D. Capella, Kap. Heinrich, von Bremen in 8 T.

Von Travemünde abgegangene Schiffe.

- Montag, 21. März.
D. Westküsten, Kap. Larsen, nach Kopenhagen.
D. Nanna, Kap. Grifsen, nach Haugejund.
Dienstag, 22. März.
D. Abels, Kap. Koch, nach Kasrup.

Schiffsbewegungen.

- D. Ameliese ist gestern vormittag in Pillau angekommen.
D. Baltic, Kap. Sundquist, ist gestern nacht in Gangö angekommen.
D. Nilsee, Kap. R. Siggert, ist gestern mittag von Furillen nach Herrenwyl abgegangen.
D. Elbe ist gestern mittag in Neval angekommen.
D. Luise, Kap. Niedermeyer, ist gestern vormittag von Memel auf hier abgegangen.

Handels- und Marktnachrichten.

Hamburger Sternschau-Viehmarkt vom 22. März.
Bericht der offiziellen Notierungs-Kommission.

Auftrieb 3080 Schweine. Der Handel war langsam. Aberstand 200 Stück. Es wurden gezahlt für 50 kg Lebendgewicht nach Abzug vereinbarter nebenstehender Tara und für 50 kg Lebendgewicht ohne Tara: Beste schwere reine Schweine, über 260 Pf., Tara 20 Proz., 65.— bis 66.— (52,00 bis 53,00 Mk.) Mittelschwere Ware, von 240—260 Pfund, Tara 20 Proz., 63.— bis 65,50 (52,00 bis 53,50) Mk. Mittelware, von 200—240 Pf., Tara 22 Proz., 64,00 bis 65,00 (50,50 bis 53,50) Mk. Gute leichte Ware, unter 200 Pfund, Tara 22 Proz., 64,00 bis 65,00 (50,50 bis 53,50) Mk. Geringere Ware, Tara 24 Proz., 56,00 bis 63,00 (42,50 bis 43,00) Mk. Sauen, 1. Qualität, Tara 20 Proz., 60,00 bis 62,00 (43,00 bis 49,50) Mk. Sauen, 2. Qualität, Tara 22 Prozent, 56,00 bis 60,00 (43,50 bis 47,00) Mk.

Briefkasten.

Reinhold. Früher war der Gründonnerstag in Schleswig-Holstein Feiertag. In den letzten Jahren hat eine lebhaft bewegte Aufhebung dieses Feiertages eingeleitet. Ob die Aufhebung inzwischen erfolgt ist, entzieht sich unserer Kenntnis. Jedenfalls ist aber aus schleswig-holsteinischen Blättern ersichtlich, daß in verschiedenen Städten dieser Provinz Geschäftsleute ihre Verkaufsstellen am Gründonnerstag nur in den Mittagsstunden offenhalten, was darauf schließen läßt, daß dort der Gründonnerstag noch Feiertag ist.

Verantwortlich für die Rubrik „Lübeck und Nachbargebiete“ und die mit P. L. gezeichneten Artikel: Paul Böwig, für den gesamten übrigen Inhalt Johannes Stellung. Verleger: Th. Schwarz. Druck: Friedr. Meyer & Co. Sämtlich in Lübeck.

HOLSTENHAUS

G. m. b. H.

Holstenstrasse 25/33.



Riesig billige Sondertage

für Bedarfsartikel zum Osterfest.

Ein ständiger Einkauf im Holstenhause, dieser aussergewöhnlich billigen Bezugsquelle, ist gleichbedeutend einer soliden Spargelegenheit, welche sich durch die enormen Preisvorteile sowohl für jede Hausfrau wie überhaupt für jeden Konsumenten ergibt.

Handschuhe

Damen-Frühjahrshandschuhe porös Paar	28 [⁄]
Damen-Frühjahrshandschuhe Leinen imit. mit 2 Druckknöpfen	38 [⁄]
Elegante Frühjahrschhandschuhe in Seiden- und Leinen-Imitation 90	85 [⁄]
Halblange Damenhandschuhe Ia. Leinen-Imit. Wert 1.75 M. jetzt	95 75 [⁄]
Ein Posten Suede-Handschuhe 3 Knopf Paar	1.25 1 [⁄]
Damen-Glacéhandschuhe Ia. Ware mit 2 Druckknöpfen	1.45 1 [⁄]

Unsere Spezialmarke

„Venus“ Damen-Glacéhandschuhe 2.25[⁄]
Beste Garant.-Qual. mit eingestept Daumen

Modewaren und Putzartikel

Haarbänder in großem Farbensortiment 18 14	8 [⁄]
Rüschen Stück 50 bis 12	6 [⁄]
Damen-Kragen mit Säumchen und mit Stickerei 95 72	48 [⁄]
Damen-Krawatten in allen modernen Farben 60 48	35 [⁄]
Jabots in Tüll und Batist 75 48	35 [⁄]
Silberfarbige Gummigürtel mit schwarzen imit. Jetpoints	1.25 1 [⁄]
Schwarze Sammet-Gummigürtel	1.65 1 [⁄]
Schwarze Seiden-Gummigürtel mit modernem Schloß 2.40 bis 1.65	1.25 1 [⁄]

Herren-Artikel

Farbige Oberhemden aus Elsässer Perkal	2.95 2 [⁄]
Farbige Oberhemden mit Zephir-Einsatz	3.95 3 [⁄]
Weiße Oberhemden mit glattem und Falteneinsatz 4.50	3.65 3 [⁄]
Weiße Serviteurs 75 65	42 [⁄]
Weiße Chemisets mit Sattel 95 85	55 [⁄]
Bunte Garnituren Serviteurs und Manschetten 95	75 [⁄]
Herren-Stehkragen garantiert 4fach, moderne Formen 45 40	30 [⁄]
Stehumlegkragen garantiert 4fach 60 55	50 [⁄]
Herren-Manschetten garantiert 4fach 75 55	48 [⁄]
Herren-Krawatten Regattes u. Diplomats, einfarb. u. gemustert 75	60 [⁄]

Ein großer Posten

Eleg. Herren-Krawatten breite Selbstbinder in groß mod. Farbensortiment 1.25 M. 75[⁄]

Steife Herrenhüte moderne Formen 3.40	2.75 2 [⁄]
Elegante Haarhüte amerikanische und englische Stile 7.50 6.75	5.50 5 [⁄]
Prinz-Heinrich-Mützen 1.65 1.25	95 [⁄]
Knaben-Tellermützen mit Abzeichen 1.65 1.25	85 [⁄]
Normal-Trikot-Hemden und -Hosen durable Qualität	1.55 1 [⁄]
Trikot-Hemden mit farbigem Perkaleinsatz	1.75 1 [⁄]

Strümpfe

Damenstrümpfe deutschlang	35 [⁄]
Damenstrümpfe schwarz und lederfarbig, englischlang	38 [⁄]
Damenstrümpfe schwarz und lederfarbig, mit durchbrochenem Schaft	75 [⁄]
Kaschmir-Strümpfe reine Wolle, englischlang	95 [⁄]
Ein großer Posten	
Elegante Damenstrümpfe in sämtlichen modernen Frühjahrfarben, Schaft durchbrochen als Gelegenheitskauf	1.25 [⁄]
Herren-Socken Ia. Macco, lederfarbig, schwarz und geringelt	45 [⁄]
Ein Posten Kinderstrümpfe weiß, farbig und geringelt, für das Alter v. 6-12 Jahren Wert bis 1.25 durchweg	48 [⁄]
Lederfarbige Kinderstrümpfe Ia. Ware	
Größe 1 2 3 4 5 6 7 8 9 10 11	
Preis 45 [⁄] 50 [⁄] 55 [⁄] 65 [⁄] 70 [⁄] 75 [⁄] 85 [⁄] 90 [⁄] 100 [⁄] 110 [⁄] 120 [⁄]	

Taschentücher

Linon-Tücher gesäumt, 40x40 cm 1/2 Dutzd.	95 u. 65 [⁄]
Linon-Tücher „Elektra“ ohne Appretur, gebrauchsfertig 1/2 Dutzd.	1.15 1 [⁄]
Reinleinen-Tücher für Damen und Herren 1/2 Dutzd.	2.40 2 [⁄]
Seidenbatist-Tücher mit moderner Borte, für Damen und Herren	30 [⁄]
Batist-Tücher „Madeirafasson“ Stück	40 [⁄]
Reinleinen-Tücher mit echter Madeiraecke Stück	75 [⁄]

Fettwaren

Große geräuch. Mettwurst Pfd.	95 [⁄]
Zerelatwurst . . Pfd.	1.20
Leberwurst . . . Pfd.	60 [⁄]
Blutwurst Pfd.	60 [⁄]
Sülze Pfd.	60 [⁄]
Schinken geräuch. Pfd.	1.80
Schinken gekocht Pfd.	1.80
Corned-Beef . . Pfd.	85 [⁄]
Schmalz, gar. rein Pfd.	80 [⁄]
Palmitin Pfd.	60 [⁄]
Tilsiter Fettkäse Pfd.	68 [⁄]
Edamer Käse . . Pfd.	95 [⁄]
Holländer Käse Pfd.	95 [⁄]
Schweizer Käse Pfd.	88 [⁄]
Camembert Schachtel	25 [⁄]
Gorgonzola . . . Pfd.	1.30
Weisslacker . . Pfd.	65 [⁄]

Kolonial-Waren

Zucker gemahlen Pfd.	27 [⁄]
Zucker i. Würfeln Pfd.	29 [⁄]
Salz Pfd.	9 [⁄]
Weizenmehl . . Pfd.	16 [⁄]
Reis Pfd. 28 24 18	24 [⁄] 18 [⁄]
Bruchreis . . . Pfd.	14 [⁄]
Reismehl . . . Pfd.	16 [⁄]
Kartoffelmehl Pfd.	16 [⁄]
Sago Pfd.	18 [⁄]
Haferflocken . . Pfd.	23 [⁄]
Mannagrütze . . Pfd.	23 [⁄]
Graupen Pfd. 18, 15, 13	18 [⁄] 15 [⁄] 13 [⁄]
Maismehl . . . Pfd.	22 [⁄]
Maizena . Pak. 55 u. 28	55 [⁄] 28 [⁄]
Buchweizengrütze Pfd.	23 [⁄]
Hafergrütze . . Pfd.	23 [⁄]
Gerstengrütze . Pfd.	15 [⁄]
Makkaroni . . . Pfd.	38 [⁄]
Nudeln Pfd.	34 [⁄]
Malzkaffee . . . Pak.	38 [⁄]
Franckkaffee . . Pak.	20 [⁄]
Kaffeemehl, rot. Pak.	9 [⁄]

Oster-Eier u. -Hasen

aus Schokolade, Nougat, Marzipan, Baiser, Gelee, Schaum usw.

in grosser Auswahl enorm preiswert.

Kakao garantiert rein . . . Pfund	95 Pf.
Ananas vorzügliche Früchte Pfd.	95 Pf.
Apfelsinen Dutzd.	60, 38, 20 Pf.
Mischhonig Pfd. lose ausgewog.	26 Pf.
10-Pfd.-Eimer	2.85, 5-Pfund-Eimer 1.50.
Marmelade gemischt . . 5 Pfund	1.45
Kronsbeeren 5-Pfd.-Eimer	1.15
30-Pfd.-Eimer	7.80, 10-Pfd.-Eimer 2.25.

Kolonial-Waren

Linsen Pfd.	16 [⁄]
Langbohnen . . Pfd.	18 [⁄]
Rundbohnen . . Pfd.	15 [⁄]
Erbsen, gesch. . Pfd.	23 [⁄]
Splitterbsen . . Pfd.	22 [⁄]
Grüne Erbsen . Pfd.	17 [⁄]
Gelbe Erbsen . Pfd.	17 [⁄]
Mandeln Pfd.	1.20
Sukkade Pfd.	70 [⁄]
Korinthen . . . Pfd.	36 [⁄]
Rosinen Pfd.	48 [⁄]
Gelatine, rot . . Pfd.	2.40
Gelatine, weiss . Pfd.	2.20
Vanille . . 4 Stangen	10 [⁄]
Muskatnuss 4 Stück	10 [⁄]
Bouillon-Würf. 10Stck.	36 [⁄]
Backmehl m. Gewürz u. Trieb . . 3 Pak.	95 [⁄]
Grüne Seife . . . Pfd.	21 [⁄]
Weisse Seife . . Pfd.	32 [⁄]
Soda 3 Pfd.	10 [⁄]
Bleichsoda . . . Pak.	9 [⁄]

Extra-Preise für

Konserven (letzte Ernte)

Junge Erbsen, Gemüse 2 Pfd.-Dose	36 [⁄]
Junge Erbsen, mittelfein	44 [⁄]
Junge Erbsen, fein	52 [⁄]
Junge Erbsen, ff.	68 [⁄]
Junge Erbsen, extraf.	88 [⁄]
Riesen-Stangenspargel	1.62
Stangenspargel, extra stark	1.55
Stangenspargel, mittelstark	1.28
Stangenspargel, extra prima	1.08
Stangenspargel, dünn aber zart	98 [⁄]
Riesen-Brechspargel	1.35
Brechspargel, mittelstark	98 [⁄]
Suppenspargel	56 [⁄]

Schnitt- und Brechbohnen 2 Pfd. 26[⁄] Pfg.

Weine:

Roter Gebirgswein Fl.	68 [⁄]	Deutsche Rebe . . Flasche	90 [⁄]	Echter Champagner	3.95
Echter Bordeaux „Chat. le Bec“	95 [⁄]	Josephhöfer Flasche	1.30	„Rigault pere et fils“ Fl.	3.95
Portwein Fl. 2.60 bis 1.30		Winkler Hasensprung	1.80	im Zollgebiet auf Flaschen gefüllt.	

Taschenspielerkünste.

So beliebt es die „Deutsche Arbeitgeberzeitung“ zu benennen, wenn in der Arbeiterpresse die hohen Dividenden, die den Aktionären industrieller Unternehmungen zufallen, mit den Arbeiterlöhnen in Vergleich gestellt werden. Es mag ja sein, daß dem genannten Unternehmerblatte solche Vergleiche in der Öffentlichkeit wenig angenehm sind, besonders deshalb, weil sich solche Feststellungen nicht widerlegen lassen. Aus dieser wenig beneidenswerten Lage glaubt sich die Arbeitgeberzeitung dadurch befreien zu können, daß sie jetzt mit der üblichen Sauce den Unternehmern einen Auszug aus einem im „Tag“ erschienenen Artikel zur Kenntnis bringt, worin den Unternehmern bescheinigt wird, daß sie lieber selbst die größten Entbehrungen durch Einschränkung der Dividenden erleiden, nur um den Arbeitern die stark wachsenden Unkosten der Betriebe nicht allein aufzubürden. Würden, wie es in dem Artikel heißt, die Montangesellschaften die erhöhten Unkosten auf die Arbeiterlöhne übertragen, so würden die Lohnkürzungen wesentlich größer sein, als sie in Wirklichkeit sind. Wörtlich heißt es sodann:

Der Durchschnittslohn der Zechenleute im Oberbergamtsbezirk Dortmund betrug in den ersten 3 Vierteljahre des Jahres 1909 etwa 4,50 Mk. Der Durchschnitt des ganzen Jahres wird etwas höher sein. In den beiden Jahren vorher stellte sich der Durchschnittslohn auf 4,82 und 4,87 Mk. Die Gelsenkirchener Bergwerks-Gesellschaft hatte für 1907 12 und für 1908 9 Prozent Dividende verteilt. In dem Jahre also, das einen Rückgang der Dividende um 3 Prozent aufwies, ermäßigte sich der Arbeitslohn um 5 Pfg. pro Schicht. Größer ist die Differenz zwischen 1908 und 1909. Die Dividende für das verfloßene Jahr wird auf 9 Prozent geschätzt. Der Durchschnittslohn aber hat sich um etwa 30 Pfg. ermäßigt. Damit ist der Vergleich für 1908 hergestellt, so daß die Arbeiter sich nicht über ungleichmäßige Behandlung beklagen können.

Während also die Aktionäre sich mit 9 Proz. Dividende statt mit 12 Proz. elend durchs Leben schlagen müssen, ist der Arbeitslohn pro Schicht um „nur“ 5 Pfg. ermäßigt worden. Kein Wunder, daß die Arbeitgeberzeitung ob dieser Feststellung völlig davon überzeugt zu sein scheint, daß nunmehr dem „alten Trick der Arbeiterpresse“ und den von dieser den Arbeitern vorgezauberten „Taschenspielerkünsten“ endgültig gesteuert worden ist. Nun liegen zwar für das Jahr 1909 ganz andere Feststellungen vor als für das Jahr 1908, der Entbehrungslohn der Unternehmer und Aktionäre ist der gleiche geblieben, nämlich 9 Proz., während der Durchschnittslohn der Arbeiter sich um etwa 30 Pfg. ermäßigt hat. Aber diese Tatsache kümmert die Arbeitgeberzeitung sehr wenig, sie behauptet vielmehr, daß auch nach dieser Feststellung „die Arbeiter sich nicht über ungleichmäßige Behandlung beklagen können.“ Sofern damit etwa gesagt sein soll, daß die Arbeiter gleichmäßig schlecht und gleichmäßig rücksichtslos behandelt werden, mag die Arbeitgeberzeitung gewiß recht haben.

Aber diese Angaben über die Arbeiter- und Unternehmerlöhne aus dem Bergbau vom Jahre 1909 beweisen schon zur Genüge, daß der Druck der wirtschaftlichen Verhältnisse in erster Linie auf die Arbeiterverhältnisse ungünstig einwirkt. Aber auch bei den Ziffern aus den vorhergehenden Jahren kommt es weniger darauf an, daß neben den Arbeitslöhnen auch die Unternehmerdividende einen Rückgang aufweist, als darauf, inwieweit der Rückgang des Einkommens auf die Existenz der Beteiligten von Einfluß ist, und da wird niemand, auch die Arbeit-

geberzeitung nicht, bekaupen können, daß die Herabsetzung der Dividende von 12 auf 9 Prozent auch nur annähernd so die notwendigsten Lebensbedürfnisse einschränkt und die Existenz gefährdet als die Kürzung des Tageslohnes eines Arbeiters um etwa 30 Pfg. Hier betreibt die Arbeitgeberzeitung Taschenspielerkünste, wenn sie den Unternehmern die Dinge im entgegengesetzten Sinne schildert. Übrigens beschränken sich solche Feststellungen nicht allein auf den Bergbau, sondern sie lassen sich auf sehr viele andere Industriezweige ausdehnen. Während in den letzten Jahren ungünstiger Konjunktur die Arbeitslöhne nur wenig oder überhaupt nicht gestiegen sind, während sogar vielfach Verschlechterungen in den Arbeitsverhältnissen sich bemerkbar gemacht haben, sind die an sich annehmbaren „Entbehrungs-löhne“ der Aktionäre und ähnlicher Personen zum nicht geringen Teil noch gestiegen. Hier nur einige wenige Beispiele. Es wurde Dividende gezahlt:

	1906	1907	1908
Kalliope-Musikwerke . . .	8 Proz.	11 Proz.	12 Proz.
Pianofortefabrik Möltau (Gebr. Zimmermann)	10	9	10
Lampenfabrik Naumsdorf (Hugo Schneider)	10	7	8
Maschinenfabrik Kirchner	15	16	20

Aber auch in Fällen, wo die Dividenden sich auf dem vorjährigen Stande erhalten haben oder zurückgegangen sind, sind sie immer noch hoch genug, damit die Herren Aktionäre sich keine Entbehrungen aufzulegen brauchen. Sie betragen beispielsweise in den letzten Jahren:

	1906	1907	1908
Chromopapierfabrik vorm. Majort	18 Proz.	17 Proz.	14 Proz.
Kammgarnspinnerei Sächse u. Co.	14	14	12
Sächsische Wollgarnfabrik Zittel u. Krüger	8	7	7
Leipz. Baumwollspinnerei	16	16	16
Werkzeugmaschinenfabrik vorm. Wittler	20	20	20
Symphonionfabrik	6	10	6
Musikwerke Ludwigshafen	10	10	10
Chemische Fabrik Fr. Schulz jun.	23	23	23
Leipz. Gummivarenfabrik	10	8	7
Bereins-Bierbrauerei	15	15	15

Für die Herren Aktionäre und natürlich auch für die Direktoren dieser Unternehmungen ist demnach trotz der wirtschaftlichen Krise immer noch ein ganz netter Lohn herausgesprungen, mit dem sie sich schließlich auch über die fortgesetzten Verteuerungen der notwendigsten Lebensmittel und Bedarfsgegenstände hinwegsetzen können. Anders bei der Mehrzahl der Arbeiter. Hier sind die Löhne, trotz etwaiger Erhöhungen nicht derart, daß ein richtiger Ausgleich zwischen Einnahmen und Ausgaben bestände. Und gerade darin kommt der klaffende Unterschied zwischen Unternehmergewinnen und Arbeiterlöhnen zum Ausdruck. Daß dieser Unterschied der Arbeitgeberzeitung unbekannt wäre, ist nicht anzunehmen. Diese Zeitung aber sucht den Anschein zu erwecken, als ob die Unternehmer lieber selbst auf Gewinn verzichten und dafür noch aus ihrer eigenen Tasche darauf legen, damit die Arbeiter keinen Schaden haben. Eine solche Methode hat aber mit gewissen Taschenspielerkünsten große Ähnlichkeit.

Aus der Partei.

Wieder eine Polizeit. Bei dem Leiter der P. W. S. in Essen fand dieser Tage eine Hausdurchsuchung statt, bei der Broschüren, einige Pakete polnische Wahlrechtsflugblätter und eine Anzahl Korrespondenzen beschlagnahmt wurden.

Das Gericht hat die Bestätigung der Beschlagnahme der Wahlrechtsflugblätter ausgesprochen, weil in demselben eine Verleumdung des Essener Polizeipräsidenten enthalten sei. Dagegen wurde die Beschlagnahme der anderen Objekte vom Gericht nicht bestätigt. Trotzdem hat die Polizei die Korrespondenzen noch nicht zurück gegeben. Anscheinend glaubt sie, aus den Korrespondenzen etwas mehr über die polnische Organisation zu erfahren, als wie sie heute weiß.

Bewerkschaftsbewegung.

Zur Tarifbewegung im Holzgewerbe. In den letzten Tagen haben in allen bei der Bewegung in Frage kommenden Orten Versammlungen der Arbeitgeber und Arbeiter zu dem Verhandlungsergebnisse Stellung genommen. In Hannover war die Versammlung des Holzarbeiterverbandes von rund 1000 Mitgliedern besucht und wurde der neue Vertrag mit Zweidrittel-Majorität akzeptiert. Derselbe sichert den Arbeitern eine Lohnerhöhung von 5 Pfg. und einen vertraglichen Durchschnittslohn im Laufe der Vertragsperiode auf 57 Pfg. steigend zu. Die Arbeitszeit wird von 54 auf 53 Stunden pro Woche verkürzt. Über die Stellungnahme der Arbeitgeber in Hannover ist noch nichts bekannt geworden. In Kiel haben die Arbeiter sowohl wie die Arbeitgeber zugestimmt. An Lohnerhöhung erreichen die Kieler Holzarbeiter 4 Pfg. pro Stunde und Verkürzung der Arbeitszeit von 54 auf 53 Stunden pro Woche. Der vertragliche Mindestlohn steigt für Tischler auf 62 Pfennig und für Maschinenführer auf 66 Pfennig pro Stunde. Bezüglich des Arbeitsnachweises, der seit langem Jahren das hauptsächlichste Streitobjekt in Kiel war, sagt der neue Vertrag: „Sobald die Zentralverbände der beiderseitigen Verbände eine definitive Vereinbarung über die Arbeitsvermittlung im Deutschen Holzgewerbe getroffen haben, soll diese auch in Kiel zur gemeinsamen Regelung der Arbeitsnachweiskefrage als vorbildlich anerkannt werden. Bis dahin bleiben die jetzigen Arbeitsnachweise der beiderseitigen Verbände bestehen.“ In München wurde bisher nur örtlich verhandelt. Die letzte Verhandlung fand kürzlich unter Vorsitz des Gewergerichtsrates Dr. Brenner statt. Ein Resultat zeitigte sie nicht. Den Hauptstreitpunkt bildet hier die Verkürzung der Arbeitszeit. Die Holzarbeiter verlangen, daß München mit Leipzig, Dresden, Frankfurt a. M. und Hamburg in eine Arbeitszeitklasse gebracht wird. Zwischen dem Vorstand des Deutschen Holzarbeiterverbandes und dem Vorstand des Arbeitgeberverbandes für das Deutsche Holzgewerbe wurde vor einigen Jahren ein „Regulativ zur Regelung der Arbeitszeit in den deutschen Städten“ vereinbart. Auf Grund der Vereinbarung ist in den oben genannten Städten die Arbeitszeit auf 52 Stunden pro Woche verkürzt. Damals wurde als selbstverständlich angenommen, daß auch München in diese Klasse gehört. Damals gehörte München dem Arbeitgeberverbande noch nicht an, hat sich nun aber seit einem Jahre angeschlossen. Die Leitung des Arbeitgeberverbandes in München lehnt es nun mit aller Entschiedenheit ab, die geforderte Verkürzung der Arbeitszeit von 53 auf 52 Stunden pro Woche zuzugehen, während die Arbeiter unter allen Umständen darauf bestehen, um mit den Städten gleicher Größe auf dasselbe Maß zu kommen. In der Lohnfrage haben die Arbeitgeber einiges Entgegenkommen gezeigt und haben 3 Pfg. Lohnerhöhung zugestanden, welche die Arbeiter als vollständig ungenügend betrachten. Die Arbeitgeber haben weitere Verhandlungen als zwecklos bezeichnet, wenn die Arbeiter an der Verkürzung der Arbeitszeit festhalten, und Herr Dr. Brenner hat darum die Verhandlungen als gescheitert erklärt.

Das Ende des Innungsverbandes Deutscher Materialbund. Auf seinem in Leipzig abgehaltenen Bundestag hat sich der seit 36 Jahren bestehende Innungsverband Deutscher Materialbund, Sitz Leipzig, aufgelöst. Der Vorsitzende Schulz-Leipzig betonte, der Bund habe es in der ganzen Zeit seines Bestehens verstanden, die Interessen der Innungen nach jeder Richtung, in ideeller und in materieller Beziehung, mit bestem Erfolge wahrzunehmen. Die neuere Zeit mit ihren realeren Gesichtspunkten dränge aber in den

Arbeiter.

Roman von Alexander L. Kelland. Autorisierte Übersetzung aus dem Norwegischen von Kapitän G. von Sarau.

(45. Fortsetzung.) Nachdruck verboten.
Aber als Johann lächelte, fügte er hinzu:
„Ach, Sie glauben, das war ein schlechter Witz! Nein, mein Lieber, es war bitterer Ernst. Denn sehen Sie: die Uniformierten bleiben zurück in diesem Lande und vermehren sich — die Uniformierten und die Zerlumpten! Die letzte Karte, die das Schiff verläßt, das wird der Armenvorsteher sein. Das ist ein Zukunftsposten: Königlich Norwegischer Ober-Staats-Armenvorsteher mit dem Rang und der Uniform eines Kriegskommissars. Ich würde selbst um diesen Posten angefleht haben, wenn ich nicht in Ungnade gefallen wäre.“

„Und außerdem“, fuhr Delphin fort und mischte sich ein neues Glas, „könnte ich auch die Stadt entbehren, so kann die Stadt wahrhaftig mich nicht entbehren. Wie würde es diesen armen Menschen ergehen, die drüben in der kleinen Karikatur von einer Hauptstadt leben, wenn sie morgen früh erwachten ohne den Kammerherrn? Denn, sehen Sie, mein lieber Herr Auswanderer, was uns hier peinigt, das ist ein kleiner Zweifel, eine gelinde Befürchtung, daß nicht alles bei uns so ganz comme il faut — nicht vollkommen europäisch ist, und das kann man auch in der Tat von Mortensens wahrem Schwefelholz nicht sagen! Aber nun hat man den Kammerherrn Delphin und ein paar andere, welche die Welt gesehen haben oder sich doch den Anschein davon geben — welche über alles mitsprechen; welche alle Namen und Überschriften kennen; welche jeder ernsthaften Sache die Bolte schlagen, so daß sie auf einen Witz hinausläuft; welche die brennenden Fragen des Tages um fünf oder sechs Sonnetts gruppierten, die jedermann behalten und bei der Hand haben kann; welche endlich eine gründliche Kenntnis des Damenpuges mit einem unerschütterlichen Ernst mitten im wildesten bureaukratischen Unsinn verbinden — das sind die der Hauptstadt Unentbehrlichen! — O!“ rief der Kammerherr plötzlich und fiel ganz zusammen über den Tisch, „ich bin dieses Leben so müde — so müde — so müde!“

Es legte sich mit einem Male ein so ergreifender Ausdruck der Verzweiflung über den eleganten Herrn in Uniform,

wie er so dalag, das Haupt auf den Arm gestützt, daß Johann Bennechen zu der Überzeugung kam, sein Benehmen sei nicht bloß durch Trunkenheit veranlaßt. Er legte dem anderen die Hand auf die Schulter und sagte mit aufrichtiger Teilnahme:

„Hören Sie nun, Delphin! Sie sind nicht glücklich, ich bin es auch nicht — es sind hier wohl nicht viel Glückliche an Bord. Aber kommen Sie, reisen Sie mit uns! Sie müssen fort von hier!“

Der Kammerherr hob sein Haupt in die Höhe, und sein Antlitz war wieder strahlend und sarkastisch:

„Sie erinnern mich lebhaft an Ihren hohen Herrn Vater, Doktor Bennechen! Ganz ebenso sagte er zu mir vor einigen Stunden: Sie müssen fort von hier! Und ich will seinen Rat befolgen, ich will mich um die Polizeimeisterstelle von Valestrand bewerben!“

Johann Bennechen trat enttäuscht zurück; er fühlte sich gekränkt.

Aber der Kammerherr nahm seinen Mantel um zum Fortgehen; dennoch zögerte er, als ob er etwas sagen wollte und dem Doktor kam sein Benehmen immer sonderbarer vor.

Zuletzt wandte Delphin sich um auf dem Landungsbrett und preßte die Hand des Doktors in der seinigen, indem er murmelte:

„Grüßen Sie Ihre Schwester und sagen Sie ihr — sagen Sie ihr von mir“ — die letzten Worte gingen in einem Laut, der einem Schluchzen gleich, verloren. Der Kammerherr drehte sich schnell um, stieg ans Land und stieg in den Wagen, der noch auf derselben Stelle hielt.

Der Kutscher erwachte und nahm dem Pferde die Regenbede ab. Der Himmel war jetzt ganz mit Wolken überzogen und es hatte schon eine Zeit lang geregnet.

Der Doktor sah dem Wagen und dem langbeinigen Schatten des Pferdes nach, der über die Pfützen der nassen Straße fiel, wenn sie an den Gaslaternen vorüberkamen. Das war das Letzte, was er von der Stadt sah, ehe er sich zur Ruhe verflügte.

Am frühen Morgen begann das englische Dampfschiff vom Bollwerk zu stoßen. Aber ehe es recht in Gang kam, war es doch schon über sechs Uhr und gerade in dem Augenblicke, wo das Schiff sich der Halbinsel näherte, erhob sich eine Rauchwolke vom Festungswalle und ein Kanonenschuß krachte in den regenschweren Möraren hinein.

Es entstand ein Rufen und Fragen aus den Luken am Hinterende des Schiffes, was wohl dies Salutieren zu bedeuten habe. Johann Bennechen aber war noch so müde, daß er kaum davon erwachte. Auch auf dem zweiten Platz bekümmerte man sich nicht weiter um das Schießen. Man hatte ein Gefühl davon, daß man mit dem alten Lande und seinen Salutsschüssen fertig sei.

Und während die feierlichen einundzwanzig Schüsse über die Hauptstadt hindröhnten, schwamm das Auswandererschiff durch die Nacht, und der dicke gelbliche Dampf von der Kanone hüllte die Festung ein und senkte sich über die Dächer herab in der grauen, regenwolken Morgenstunde.

Die einundzwanzig Schüsse verkündeten, daß der König schon wieder nach Stockholm zurückgekehrt sei. Dies war genügend für die Blätter der Opposition, um mit gewohnter Schonungslosigkeit über die Regierung herzufallen. Die ganze Presse kam in Harnisch; alle alten Streitpunkte wurden wieder aufgegraben; jede Partei fand ihre Scheltworte wieder, die wie Federbälle hin- und hergeworfen wurden, und die Abonnenten ergöhten sich daran, sie durch die Luft fahren zu sehen.

Unberührt von den politischen Stürmen wanderte der Ritter Falk-Olsen an dem folgenden Sonntag vor seinem großen Spiegel auf und ab. Seine Gattin machte sich im Zimmer zu schaffen, indem sie mit Stolz das kleine Ordensband im Knopfloch betrachtete.

„Hör Du Frau, wir müssen reisen.“

„Reisen? Weshalb? Bist Du nicht zufrieden? Du hast ihn ja!“

„Ach was! Ein Orden ist nur der erste Schritt!“

„Du lieber Himmel!“ rief Frau Falk-Olsen ärgerlich, „was Du Dir einbildest, O Johann! Wenn ein Orden nur der erste Schritt ist, so möchte ich wohl wissen, was der nächste ist?“

„Noch ein Orden!“ antwortete ihr Mann und vertiefte den Salon.

Man hatte ihm nämlich eingebläut, daß die deutschen Fürsten Orden mitnehmen, wenn sie einen Badeort besuchen, dann sei es leicht, einen zu bekommen, namentlich, wenn man schon vorher einen hatte.

(Schluß folgt.)

meisten Berufen, und so auch im Malergewerbe, zur Bildung von großen Arbeitgeberverbänden, die hauptsächlich wirtschaftliche Ziele verfolgen, besonders in Hinblick auf die gemeinsame Vertretung der Interessen der Arbeitgeber gegenüber der Gehilfenschaft. So sei im Jahre 1907 der schon recht lebenskräftige Hauptverband deutscher Arbeitgeberverbände im Malergewerbe begründet worden. Dem es jetzt gelungen sei, einen allgemein befriedigenden Lohnsatz mit der Gehilfenschaft für das Deutsche Reich abzuschließen. Um die Geschäftsführung zu vereinfachen und Kosten zu ersparen, sei es jetzt zweckmäßig, zugunsten des Hauptverbandes der Arbeitgeberverbände den Bund aufzulösen. Die Versammlung stimmte denn auch mit großer Mehrheit der Auflösung zu.

Bäckerstreik in Frankfurt a. M. Die Bäckermeister lehnen den vom Gewerbeamt als Einigungsamt gefällten Schiedsspruch ab. Die Bäckergehilfen, die dem Schiedsspruch zustimmen, beschloßen, ihre Forderungen auf der Grundlage des Schiedsspruches durch Streik und Boykott durchzuführen. Der Ausstand der in Betracht kommenden Arbeiter erfolgte sofort am Dienstagabend. In Betracht kommen ungefähr 1000 Bäcker und Bäckerhilfsarbeiter. Die Forderungen werden jedem Bäckermeister einzeln zugestellt.

In dem Stützpunktwerken in Regensburg ist der Antrag auf die junge Organisation der Arbeiter siegreich abgelehnt worden, außerdem erhielten die Arbeiter dank ihres Zusammenhalts erhebliche Arbeitsverbesserungen.

Der Streik in der Schuhfabrik F. Sigle u. Cie. in Hornwehheim wurde durch Verhandlungen beigelegt. Die Arbeiter stimmten den Vereinbarungen zu. Die Wiederaufnahme der Arbeit erfolgte am Montag, 21. März. Maßregelungen dürfen nicht stattfinden.

Vom Reichsvereinsgesetz. Der Bevollmächtigte der Zahlstelle Gräfin a. u. A. u. K. des Textilarbeiterverbandes und 2 noch nicht 17 Jahre alten Mitglieder hatten Strafmandate erhalten und zwar letztere, weil sie an einer „politischen“ Mitgliederversammlung teilgenommen haben sollen, der Bevollmächtigte, weil er deren Anwesenheit gebildet und somit gegen die §§ 17 und 18 des Reichsvereinsgesetzes verstoßen habe. In der hiergegen vor dem Schöffengericht in Stadtilm eingeleiteten Berufung wurden sämtliche 3 Angeklagte von der Beschuldigung, das Vereinsgesetz übertreten zu haben, freigesprochen. Das Gericht betonte, daß auf Grund des Status des deutschen Textilarbeiterverbandes von einer politischen Organisation keine Rede sein könne, und es könnte auch nicht bewiesen werden, daß der Verband eine politische Tätigkeit entfaltet habe. Nach dieser Begründung des Freispruchs stellte sich das Gericht sonderbarerweise auf den Standpunkt, daß die beiden jugendlichen Angeklagten zwar in bezug auf das Vereinsgesetz freigesprochen seien, aber trotzdem bestraft werden müßten, weil sie eine Landratsamtsverordnung vom 27. November 1893 übertreten hätten, nach der Personen unter 17 Jahren nach 9 Uhr abends Gast- und Schankwirtschaften nur in Begleitung erwachsener Angehöriger besuchen dürfen. Der eine Angeklagte erhielt deshalb 1 Mk., der zweite Angeklagte 2 Mark Geldstrafe. Selbstverständlich sind diese Strafen unahaltbar. Wenn das Reichsvereinsgesetz den jugendlichen Arbeitern die Teilnahme an geschlossenen Gewerkschaftsversammlungen gestattet, können diese rechtsgesetzlichen Bestimmungen nicht durch Landratsamtsverordnungen illusorisch gemacht werden. In diesem Sinne wird sicher auch die Berufungsinstanz entscheiden müssen.

Klage auf Boykott-Schadenersatz gegen den Freireisgehilfenverband. Der Freireisler Max Steinbock in Charlottenburg hat unterm 8. März beim Landgericht I Berlin gegen den Zweigverein Berlin des Verbandes der Freireisgehilfen Klage erhoben auf 500 Mk. Schadenersatz. Diesen Schaden will der Kläger durch Sperrnotizen im „Vorwärts“ erlitten haben, die lauteten: „Achtung Freireisgehilfen! Für Mitglieder wegen Differenzen gesperrt“. Nachfolgend wurden die Adressen der betreffenden Geschäfte aufgeführt, die die Forderungen der Gehilfen nicht anerkannten; darunter auch die des Klägers. Die Klageschrift macht geltend, daß Kläger nur für sein früheres Geschäft in Berlin den Tarifvertrag mit der Organisation abgeschlossen habe. Dieses Geschäft sei boykottiert worden wegen Tarifbruchs, weshalb es Kläger verkauft und ein anderes in Charlottenburg gekauft habe. Für das zweite Geschäft sei kein Tarifvertrag eingegangen worden, weshalb auch keine Differenzen hätten bestehen können. Die Sperrnotiz habe aber auch einen anderen Zweck als es scheine. Die Klageschrift behauptet, sie habe einzig und allein den Zweck gehabt, den Kläger zu boykottieren. Der behauptete Zweck der Sperrnotiz wird zu erweisen versucht durch folgende Sätze: „Das Resultat des Boykotts ist auch offensichtlich gewesen. Der Kläger hat in wenigen Tagen 1/3 seiner Kundschaft verloren.“ Der Fall liege ebenso, wie der in den Entscheidungen des Reichsgerichts Band 68, Blatt 307 zitierte Fall. Beantragt wird, das Urteil gegen Sicherheitsleistung für vorläufig vollstreckbar zu erklären. Die Klage kommt im April zur Verhandlung; wir werden dann darüber weiter berichten.

Verfälschter Inzels der Gelben. Grenmann Lebius berichtet in seinem „Bund“ vom 20. März, die Sprengung eines gelben Werkzeugs sei wieder einmal der Sozialdemokratie mißglückt. In den Arbeiter-Unterstützungsverein der Berliner Motorwagen-Fabrik in Reinickendorf hätte die Sozialdemokratie nach und nach 80 verkappte „Kote“ eingeschmuggelt. Als nun einer dieser Leute wegen Agitierens in der Fabrik entlassen wurde, stellten sie die Forderung, den entlassenen Arbeiter wieder einzustellen. Die Firma ließ sich aber nicht ins Boßhorn jagen, und nun streikten tatsächlich nicht etwa die Gelben, sondern die 80 in den Verein geschmuggelten Koten, indem sie zugleich ihren Austritt aus dem gelben Verein erklärten, um den Verein zu zwingen. Eine halbe Woche, nachdem der ausschließliche Streik im Gange war, ließ der Heizer den Kesselboden durchbrennen. Angeblich müßte er nicht, daß der Kessel kein Wasser hatte, jetzt steht der Betrieb still. In unseren (den gelben) Mitgliederkreisen betrachtet man diesen „zufälligen“ Betriebsunfall als eine von den Streikenden ausgeheckte Teufelei. Soweit Lebius. In Wahrheit ist der Sachverhalt folgender: Nachdem die Dreher auf die Wiedereinstellung der durch die Dergelben denunzierten verzichteten hätten, erklärten sie durch Unterschrift ihren Austritt aus dem gelben Unterstützungsverein. Die Kommission, welche die Liste mit den Unterschriften der Direktion überbrachte, wurde sofort entlassen. Hierauf legten sämtliche Dreher die Arbeit aufs neue nieder. Ihnen schloß sich am anderen Tage noch ein Teil der anderen Beschäftigten an und erklärten ebenfalls unterschrieben ihren Austritt. Die Zahl der aus dem gelben Verein Ausgetretenen betrug nunmehr 88, es fanden weitere Verhandlungen statt, in deren Verlauf die Firma nach fünf Tagen erklärte, mit dem Vertreter der Organisation verhandeln zu wollen. Hierbei kam folgender Vergleich zustande: Die Firma erklärt sich bereit, alle Streikenden wieder einzustellen, mit Ausnahme der wegen der Differenz entlassenen beiden Dreher. Es soll jedem Arbeiter frei stehen, sich da zu organisieren, wo er will, niemand soll gehalten sein, den gelben Arbeitsnachweis zu passieren. Die aus dem gelben Unterstützungsverein Ausgetretenen verpflichteten sich, die Gelben nicht zu belästigen. Diese Verpflichtung übernimmt die Direktion für die

Gelben. Zu bemerken ist noch, daß während des letztjährigen Streiks ein Gelber, (der Heizer), den Kessel anheizte, ohne Wasser in demselben zu haben. Die Folge war, daß die Feuerbüchse durchbrannte. Dieses Vorkommnis versucht man den Streikenden in die Schuhe zu schieben, was um so niederträchtiger ist, da dieselben zur Zeit gar nicht im Betriebe waren.

Der Streik der Traubhängehelfer in Rom ist beigelegt. Die Gesellschaft nimmt die Maßregelungen zurück und gewährt eine geringe Lohnzulage.

Aus dem Gerichtssaal.

Prozesse gegen Wahlrechtsdemonstranten. Das Amtsgericht in Berlin verurteilte am Dienstag den Metallarbeiter S. J. wegen Beleidigung eines Polizeiwachmeisters mit 120 Mk. Geldstrafe. Der Verurteilte, der eigentlich gar nicht zu den Demonstranten gehörte, wollte einen Maurerpolter aufsuchen, um mit ihm wegen Arbeit zu sprechen. Aus Ärger darüber, daß er durch die polizeilichen Abperrungen genötigt war, einen großen Umweg zu machen, soll er die Beleidigung gegen die Polizei ausgestoßen haben. Als nächster Angeklagter erschien der Maschinenformer K. B. der einen Schutzmann durch den Zuruf „Hut Hund“ beleidigt haben soll. Der Angeklagte war im Treptower Park und behauptete, den Zuruf nicht getan zu haben. Die Polizei hätte ihn vielmehr ganz willkürlich aus der Menge herausgerissen und verhaftet. Die Beamten hätten blindlings auf die Passanten eingeschlagen, und in der großen Erregung sei dann aus den Massen das Wort „Hut Hund“ gefallen. Das Gericht glaubte dem Angeklagten nicht, sondern vertraute den Angaben eines Schutzmannes und verurteilte den Angeklagten zu einer Gefängnisstrafe von drei Wochen. — In Wiesbaden fand Dienstag ein Prozeß gegen einen Schlosser Carl Müller aus Düsseldorf statt, der seit fünf Wochen in Untersuchungshaft weilte, obwohl ihm nichts weiter nachgewiesen werden konnte, als daß er ein Hoch auf das allgemeine Wahlrecht bei der Demonstration am 13. Februar in Wiesbaden ausgebracht hatte. Müller war von Düsseldorf nach Wiesbaden gewandert und beteiligte sich an der Versammlung im Gewerkschaftshaus. Er wollte dann wieder nach dem Bahnhof zurück, wurde aber von Schutzleuten zurückgebrängt und von einem Wachmeister verhaftet, der ihn sofort Handfesseln anlegen wollte. Weil sich Müller dies nicht gefallen ließ, wurde er wegen Widerstand gegen die Staatsgewalt in Untersuchungshaft gesetzt. Das Schöffengericht verurteilte ihn zu vierzehn Tagen Gefängnis wegen Widerstand, fünf Tagen wegen ruhestörenden Lärmes und einem Tag wegen Vergehens gegen die Polizeiverordnung. Die Strafe gilt durch die Untersuchungshaft als verbüßt. Eine Anzahl anderer Wahlrechtsdemonstranten werden sich in den nächsten Tagen vor dem Wiesbadener Schöffengericht zu verantworten haben. — In Frankfurt a. M. wurde ein Österreicher wegen eines Rufes „Hoch das allgemeine Wahlrecht“ zu drei Wochen Haft verurteilt. In dem Urteil wurde gesagt, daß die Strafe deshalb so hart ausfallen mußte, weil der Verurteilte als Ausländer absolut kein Recht habe, sich um preussische Verhältnisse zu kümmern. Auch einem Elässer, der zu einer Geldstrafe verurteilt wurde, erklärte man: „Was haben Sie denn als Elässer für ein Interesse daran, sich um das preussische Wahlrecht zu kümmern.“ Sonderbare Ansichten!

Aus dem Militärleben. Vor dem Oberkriegsgericht des 4. Armeekorps hatte sich der Berliner Rechtskonsulent Coslowski, der in der Reserve steht, wegen Angehörigens, Beleidigung und Achtungsverletzung zu verantworten. Coslowski wurde im August vorigen Jahres zu einer Reservezeitung eingezogen. Gelegentlich einer Stiefelrevision warf der Unteroffizier Brehmer sämtliche Gegenstände, die auf einem Tisch standen, herunter. Nachdem der Unteroffizier die Stube verlassen hatte, äußerte der Angeklagte anderen Kameraden gegenüber, er werde nach seiner Entlassung dem „Vorwärts“ von der sonderbaren Behandlung, der die Reservisten ausgesetzt sind, Mitteilung machen. In einem Wandertage suchte der Angeklagte längere Zeit nach seinem Quartier. Unterwegs begegnete er dem Unteroffizier Brehmer. Auf die Frage nach dem Quartier herrichte ihn der Vorgesetzte an, er möge erst die Knochen zusammen nehmen, wenn er mit ihm spreche. Dies gab dem Angeklagten Veranlassung, dem Unteroffizier folgendes zu antworten:

„Wie können Sie einem verheirateten Manne so etwas zumuten, Sie dummes Luder! Sie haben wohl noch keine Backpfeife von einem echten Berliner bekommen? Ich werde Sie in den Druck bringen, daß Sie nicht wissen sollen, wo Sie hingehören. Wundern Sie sich nicht, wenn einmal von „oben“ etwas herunterkommt!“

In der Verhandlung wurde nun festgestellt, daß die eigenartige Haltung des Unteroffiziers dem Angeklagten gegenüber darauf zurückzuführen sei, daß der Unteroffizier „die Berliner getroffen habe“, wie er sich einmal beim Kaffeeausdrücken beliebte. Auch der Verhandlungsleiter meinte, man finde es häufig, daß die Berliner beim Militär nicht sehr beliebt sind. Der Angeklagte wurde zu einer Gesamtstrafe von einem Jahr Gefängnis verurteilt.

Ein unverbesserlicher christlicher Verleumder. Der Bergmann Josef Föschepot zu Kamen, Mitglied des Gewerkschafts Christlicher Bergarbeiter, hatte im Jahre 1905 wiederholt die Behauptung aufgestellt, der Bezirksleiter Müde vom Bergarbeiterverband habe beim Streik 1905 4000 Mk. unterschlagen. Müde verklagte Föschepot damals. Die Angelegenheit endete durch einen Vergleich, in dem Föschepot sich bereit erklärte, die Beleidigung in der „Bergarbeiterzeitung“ und der „Kamener Zeitung“ zurückzunehmen, was auch geschah. Im Februar 1909 stellte derselbe Föschepot die Behauptung von neuem auf, Müde habe damals nicht nur 4000 Mk. unterschlagen, sondern auch seine Familie vernachlässigt, sodas seine Frau ausgerückt sei, und seine Kinder auf Kosten der Armenverwaltung unterhalten werden müßten. Diese Behauptung wiederholte Föschepot am 24. Oktober 1909 nach einer Zentrumsversammlung in der Wirtshaus G. ö. in Kamen. Müde strengte aufs neue gegen Föschepot Klage an. Die Angelegenheit wurde am 16. März 1910 vor dem Amtsgericht Kamen verhandelt. Vor Eintritt in die Verhandlung erklärte der Anwalt des Föschepot, daß seine Partei gar nicht daran denke, den Wahrheitsbeweis anzutreten. Föschepot habe in gutem Glauben gehandelt und müsse ihn der § 193 (Wahrung berechtigter Interessen) zuerkannt werden: er hoffe, daß die Gegenpartei hiermit zurückziehen und die Sache hiermit erledigt sei. Der Anwalt Müdes konnte sich diesmal hierauf nicht einlassen, auf Grund der Erfahrungen aus dem Jahre 1905 mit Föschepot. Das Gericht verurteilte Föschepot zu 30 Mark Geldstrafe und Veröffentlichung des Urteils im „Westfälischen Anzeiger“.

Aus Nah und Fern.

Prozeß der Berliner Gastwirte gegen den Polizeipräsidenten. Der Verband der Gast- und Schankwirte für Berlin und der Provinz Brandenburg befehlt sich

am Montag abend mit der polizeilichen Abperrung des Treptower Parks und der Synodus des Verbandes. Polizeirat Dr. Schöps wies nach, daß die Abperrung des Treptower Parks durch den Polizeipräsidenten durchaus ungesetzlich gewesen sei. Verschiedene Gastwirte, die im Treptower Park ihre Lokale haben, schilderten sodann das Eingreifen der Polizei. Die Polizei hat mehrmals Sturmangriffe auf die in den Gärten sitzenden Stammpfäste unternommen und verschiedene Leute im Gendekopf und hinausgeworfen. In einer Resolution sprechen die Gastwirte alsdann ihre schärfste Mißbilligung der Anordnung des Polizeipräsidenten sowohl, als auch den von den Schutzleuten und der Gendarmerie verübten Gewalttätigkeiten aus. Gleichzeitig erklären sie, daß sie auf Entschädigung für den erlittenen Verlust auf alle Fälle dringen werden.

Liebestragödie. Wie aus Berlin berichtet wird, hat sich im Grunewald ein blutiges Liebesdrama abgespielt. Ein Polizeibeamter, die Montag abend die Gegend in der Nähe der Schießstände auf Dählener Gebiet abpatrouillierten, fanden die Leiche eines jungen Mannes und eines Mädchens. Die Körper wiesen Schüsse in der Brustgegend auf. Nach den vorläufigen Feststellungen handelt es sich um den 25 Jahre alten Postboten Schackradt aus Berlin, der noch bis vor kurzer Zeit an einem Berliner Postamt auskunftswillig war. Das Mädchen war die 20 Jahre alte Emma Gerlach, die in Charlottenburg eine Hausmädchenkette versah. Schackradt, der verheiratet war, von seiner Frau aber getrennt lebte, lernte vor längerer Zeit das Mädchen kennen. Zwischen den beiden entspann sich ein Liebesverhältnis, das aber eine Erhebung erlitt, als das Mädchen erfuhr, daß ihr Geliebter bereits verheiratet war. In der letzten Zeit sollte das Verhältnis deshalb gelöst werden. Man nimmt an, daß das Paar am Sonntag mehrere Tanalokale in der Nähe des Grunewalds besuchte und daß Schackradt seine Begleiterin zu überreden versucht hat, mit ihm gemeinsam in den Tod zu gehen. Aus der Lage der Leichen am Tatort ging hervor, daß das Mädchen mit dem jungen Mann vorher einen Kampf bestanden haben muß.

Die nie irenden Behörden. In eine unangenehme Situation kam der Arbeiter Wilhelm Spickenboom. Er war vor etwa einem Monat in Sterkrade verhaftet worden, weil er ein Mädchen mit dem Begehren eines Verbrechens bedroht haben sollte, außerdem soll er sich des Hausfriedensbruchs und des Betruges schuldig gemacht haben. Spickenboom hatte sich dieserhalb am Schöffengericht zu O. B. h. a. u. n. zu verantworten. Allgemeines Erstaunen machte sich bemerkbar, als Spickenboom aus der Untersuchungshaft in den Gerichtssaal geführt wurde und die Reagen übereinstimmend bekundeten, daß dies nicht der Mann war, der die Straftaten ausgeführt hatte. Der Angeklagte ist ein Vetter des verurteilten Ein- und Ausbrechers Spickenboom und hat unglücklicherweise denselben Vor- und Zunamen wie der letztere. Da die Straftaten in der Zeit geschahen, als der verurteilte Ausbrecher in hiesiger Gegend weilte, so ist hier die Verwechselung in der Person vorgekommen und man hat einen Unschuldigen hinter Schloß und Riegel gebracht. Spickenboom gab an, daß gegen ihn noch ein weiteres Verfahren schwebte, auch von dieser Sache sei ihm nichts bekannt. Als der Irrtum aufgeklärt war, wurde Spickenboom sofort aus der Haft entlassen. Die er will gegen die Justizbehörde klagbar vorgehen.

Fünf Personen ertranken. Bei Frederiks havn sind, einer Meldung aus Kopenhagen zufolge, fünf Mitglieder der Heilsarmee ums Leben gekommen, die sich in einem Motorboot nach der Insel Girtsholm begeben wollten um dort eine Versammlung abzuhalten. Das Boot kenterte, die Insassen stürzten ins Wasser und ertranken.

Auf der Fahrt zum Wunderdoktor verunglückt. Aus Kassel wird gemeldet: Ein dicht besetzter Kramser mit Patienten, die sich zu dem Wunderdoktor Ausmeyer nach Krenschausen begeben wollten, stürzte in einen Chausseegraben und begrub alle Fahrgäste und den Kutscher unter sich. Zwölf Frauen und Männer wurden schwer verletzt.

Schreckensakt eines Wahnsinnigen. Nach einer Meldung aus Meß prügelle in einem Anfall von Geistesgeführligkeit ein 60jähriger Arbeiter aus Hainingen (Württemberg) seine Frau halb zu Tode und erstach seinen der Mutter zu Hilfe eilenden Sohn mit der Mistgabel. Dann lief er auf die Straße, wo er unter einen Lastwagen geriet und tödlich verletzt wurde.

Bootsunglück. Aus Duisburg wird berichtet: Auf dem Rhein machten zwei Brimamer, die Brüder Koch, eine Nachenfahrt. Das Boot schlug um und der jüngere Bruder ertrank.

Schweres Baumglück. In Hannover brach am 22. März, nachmittags, bei einem Neubau in der Parkmannstraße ein Gerüst zusammen. Drei Arbeiter stürzten aus dem dritten Stock in die Tiefe. Einer ist tot, zwei sind lebensgefährlich verletzt.

Ein Feind der Automobile. Die Münchener Polizeidirektion hat einen anonymen Brief erhalten, in dem sich jemand als Urheber des Automobilunglücks bezeichnet, dem am vorigen Sonnabend der argentinische Konsul Apollo Geiger aus München bei Hölzriegelkreuth im Isartal zum Opfer gefallen ist, während drei andere Personen dabei mehr oder minder schwere Verletzungen davontrugen. Vor Geigers mit 80 Kilometer Stundengeschwindigkeit fahrendem Auto war ein anderes aufgetaucht und noch rechtzeitig einem am Wege liegenden großen Prügel ausgewichen, der aber von Geigers Automobil infolge der starken Staubentwicklung nicht mehr gesehen werden konnte und die Ursache des Unglücks war. Der Briefschreiber erklärt nun, das Hindernis absichtlich gelegt zu haben aus Rache gegen die Autos und die Autler, weil ihm ein Kind von einem Auto überfahren und getötet worden sei. In München sind innerhalb 14 Tagen drei Kinder durch Automobile getötet worden. Der Unbekannte erklärt, er habe aus Verzweiflung über den Tod seines Kindes Selbstmord begehen wollen, da sei ihm Gott im Traume erschienen und habe ihn gebeten, sein Leben zu schonen und seine Dienste einer guten Sache zu weihen. Die Autler dürften künftig nicht mehr geschont werden. Er werde daher seine Taktik fortsetzen und Automobile und Autler zerstören, so viel er nur könne, bis man ihn erhöhe und besonders Automobilstrafen erbaue und die Straßentäler in einen befahrenen Weg für Radfahrer und Fußgänger über, wo dies nicht möglich sei, vorschreibe, daß Automobile nur ganz langsam an Menschen vorbeifahren und bei Kreuzungen von zwei Autos das eine anhalten müsse, bis das andere vorbei sei. In seinem Leben sei ihm nichts gelegen, erklärt der Anonymus und wiederholt die Drohung: er werde mit seinem Zerstörungswerk fortfahren, bis man ihn erhöhe. In dem Brief ist wiederholt von dem Gefühl einer Mutter die Rede, so daß auch eine Frau die Briefschreiberin sein kann. Der rätselhafte Brief, der in charakteristischer Schrift gehalten ist, ist der Staatsanwaltschaft übergeben worden.

Ein Sängerkrieg auf der Straße. Aus Madrid wird der „Fitz“ geschrieben: Eine niedliche Späße aus den religiösen Kämpfen in Spanien, zugleich eine hübsche

Probe spanischen Volkshumors, wissen die Blätter Deusto, einem kleinen Hafenorte bei Bilbao, zu erzählen. Dort sind die Festlichkeiten seit einiger Zeit eifrig am Werke, die abtrünnigen Hafenarbeiter in den Schoß der Kirche zurückzuführen. Sie greifen dabei zu recht drastischen Mitteln. So hatten sie dieser Tage mit den kleinen Röglingen ihrer Schule einen Umzug veranstaltet, wobei die Kinder ein eigenes für diesen Zweck komponiertes Liedchen über die häuslichen Freuden und Leiden des Arbeiters singen mußten. Der Schluß, der auf den Rest schließen läßt, lautete (in deutscher Übertragung):

Die Frau, die nicht zur Messe geht,
Ist auch eine schlechte Mutter,
Läßt ihre Kinder ohne Schuh,
Ohne Brot und ohne Butter!

Die Kleinen hatten eben ihren Gesang beendet, und der wohlbeleibte Vater, der an ihrer Spitze stand, schloß sich an eine Ansprache an die Arbeiter zu halten, als einer der letzteren, gleichfalls vom Geist Knolls gerührt, ein Verschen zum besten gab, in das seine Kollegen kräftig einstimmten:

Infolge Schlaganfalls starb ganz plötzlich meine liebe Frau **Dorothea Ehlers** geb. Luckmann im Alter von 46 Jahren. Tief betrauert von mir, meinen Kindern und Anverwandten **Heinrich Ehlers**. Die Beerdigung findet am 24. nachm. 3 1/2 Uhr, vom Trauerhause aus statt.

Für die beim Hinscheiden meiner lieben Frau bewiesene herzliche Teilnahme und Kranzspende sagen besten Dank **A. Martens und Kinder**.

Für die vielen Gratulationen und Geschenke zur Konfirmation unserer Tochter Emma danken herzlich **H. Pohl u. Frau nebst Tochter Emma**.

Für die vielen Geschenke und Gratulationen zur Konfirmation unserer Tochter Marie sagen herzlichsten Dank **Johs. Stoll u. Frau, Mittelstraße 19 b**.

Für die vielen Gratulationen und Geschenke anlässlich der Konfirmation unserer Tochter Gerda danken herzlich **J. Hinrichs u. Frau nebst Tochter, Cronsförder Allee 127**.

Für die vielen Glückwünsche zur Konfirmation unserer Tochter Therese danken herzlich **J. Kloth u. Frau nebst Tochter**.

Für die uns anlässlich der Konfirmation unserer Tochter Johanna erwiesenen Aufmerksamkeit danken herzlich **Heinr. Wulff u. Frau**.

Für die Gratulationen und Geschenke zur Konfirmation unserer Tochter Elisabeth sagen herzlich Dank **F. Schütt u. Fr., Kattenhof-Schwartau**.

Für die vielen Aufmerksamkeit anlässlich der Konfirmation unserer Tochter Martha danken herzlich **F. Koch u. Frau nebst Tochter**.

Für die vielen Gratulationen und Geschenke zur Konfirmation unserer Tochter danken herzlich **W. Buschau u. Frau nebst Tochter Elisabeth**.

Allen Freunden und Bekannten für die vielen Gratulationen und Geschenke zu der Konfirmation unserer Tochter Helene danken herzlich **Fritz Meyer u. Frau nebst Tochter**.

Für erwiesene Aufmerksamkeit anlässlich der Konfirmation unserer Tochter Amalie danken herzlich **A. Wöhler u. Frau**.

Für die Gratulationen und Geschenke zur Konfirmation un. Sohnes Hans danken wir herzlich **A. Meier u. Frau nebst Sohn**.

Für die vielen Gratulationen und Geschenke zur Konfirmation unserer Pflanztochter Marie danken herzlich **F. Dammann u. Frau, Fackenburg**.

Für die vielen Aufmerksamkeit zur Konfirmation meiner Tochter Elfa danken herzlich **E. Käbitz Ww. nebst Tochter**.

Für die vielen Gratulationen zur Konfirmation danken herzlich **H. Schmoock u. Frau nebst Sohn Ferdinand**.

Für die vielen Glückwünsche und Geschenke zur Konfirmation unserer Tochter Auguste danken herzlich **W. Frahm u. Frau nebst Tochter**.

Für die vielen Glückwünsche zur Konfirmation unserer Tochter danken herzlich **J. Growe u. Frau**.

Für die erwiesenen Aufmerksamkeit zur Konfirmation unseres Sohnes Heinrich sagen besten Dank **Heinr. Hannemann u. Fr. nebst Sohn, Borwerk**.

Für die vielen Gratulationen und Geschenke zur Konfirmation unseres Sohnes Willy danken herzlich **Heinr. Fick u. Fr. n. Sohn, Fackenburg**.

Für die vielen Gratulationen zur Konfirmation danken herzlich **G. A. Schultze u. Frau nebst Tochter Anni**.

Allen, die bei der Konfirmation un. Sohnes Bruno unser herzlichst gedachten Plagen mit unsern innigsten Dank. **En. Jagemann u. Fr. n. Sohn Bruno**.

Für die vielen Gratulationen und Geschenke zur Konfirmation unserer Tochter Gerda sagen herzlichsten Dank **A. Schlichting u. Fr. Sedanstr. 2**.

Zur Messe können unsere Frau'n nicht mehr nach altem Brauche, Welt die ganze Kirche füllt Mit deinem dicken Bauche.

Leider wurde die Fortsetzung des Sängerkriegs durch den schleunigen Rückzug des Waters vereitelt.

Literarisches.

Die „Sozialistischen Monatshefte“, redigiert von Dr. J. Bloch (Administration Berlin W. Potsdamer Str. 121 h) die befanntlich alle 14 Tage erscheinen, haben soeben das 6. Heft ihres 16. Jahrgangs erscheinen lassen. Aus seinem Inhalt heben wir hervor: Robert Schmidt: Das Ergebnis der preussischen Wahlrechtsreform. — Dr. Markus Rattner: Nationalitätsbegriff und nationale Autonomie. — Wally Nepler: Die Schauspielereinnahmen. — Edmund Fischer: Kommunismus und Sozialismus. — Friedrich Klees: Lohnstatistik. — Ludwig Rad-

lof: Alte und neue Jugendideale. — Rudolf Wacławski: Jugendbildungskritik. — Genossenschaftsbewegung von G. David. — Sozialpolitik von R. Schmidt. — Staatssozialismus von W. Schröder. — Geistige Bewegung von Dr. W. Hausenfeld. — Geschichte von W. Kamppmeyer. — Rechtswissenschaft von O. Lang. — Bildende Kunst von L. Stern. — Kolonisation von G. Dilbebrand.

Der Preis des Heftes beträgt 50 Pfg., pro Quartal (6-7 Hefte) 3 Mk. Zu beziehen durch alle Buchhandlungen, auf jeder Postanstalt, in den Klößen, bei allen Kolporturen, sowie direkt vom Verlag der „Sozialistischen Monatshefte“, Potsdamer Str. 121 h, Berlin W. 85 (Zusendung unter Kreuzband oder in geschlossenem Kuvert). Probehefte stehen auf Verlangen jederzeit kostenfrei zur Verfügung.

Verantwortlicher Redakteur: Joh. Stelling.
Verleger: L. H. Schwarz. Druck: Friedr. Meyer u. Co. Sämtlich in Lübeck.

Anzüge
auf
Kredit
pro Woche
1 Mk.
Abzahlung.

Herren- und Knaben-Anzüge,
Hosen, Röcke,
Damen-Paletots
Blusen, Kostümröcke, Jacketts,
Kragen, Staubmäntel, Kleiderstoffe,
Leinen- u. Baumwollwaren, Bett-,
Leib- und Tischwäsche, Betten,
Teppiche, Gardinen, Portièren,
Möbel auf Kredit.
Alte Kunden ohne Anzahlung.
S. Sachs
Größtes Kredit-Haus
Schmiedestr. 2.

TURUL

STIEFEL
Jedes Paar
Specialmarke 7²⁵_M
Original
Goodyear Welt 9⁵⁰_M
Alfred Fränkel
Gom.-Ges.
Lübeck
Breitestr. 49.
Verkaufsstellen in
allen größeren
Städten Deutschl.

Photographie SAMSON & Co.
Breitestraße 39. Telephone 1057.
Spezialität:
Gruppen-Aufnahmen von Hochzeiten und
Festlichkeiten, auch nach außerhalb.
Kinder-Aufnahmen.
Konfirmanden und Schüler extra Ermäßigung, trotz be-
kannt billiger Preise.

Eine Bibel, Lübeckisches Lesebuch 1. Stufe, Rechenbuch 1. Heft billig zu verkaufen.
Brockenstr. 45, part.

20 Ruten Gartenland am Borwerker Weg hat umständehalber abzugeben.
H. Pufz,
Geverdesstraße 56, 1.

Feine Hausstandswäsche sow. Blusen, Kleider, Gardinen werden sauber gewaschen und geplättet.
Greifenaustr. 5, 1. v.

H. Mews, Glasermeister,
Böttcherstr. 6. Fernspr. 2321.

Stein
sow. Brüderstraße 2a
jetzt Schützenstr. 24a, part.

Willi Westfeling
Uhrmacher und Juwelier
40 Holstenstr. 40
Passende Geschenke
zur Konfirmation.

Achtung! Ausnahmeweise
diese Woche:
Pa. kernf. Rindfleisch Pfd. 50 Pfg.
Pa. Kalbfleisch " 50 "
Bratenstücke " 60 "
Gehacktes " 60 "
Zur billigen Fleischwelle
22 Jänishaupten 22.
Johann Möller.

Paul Krüger, Lübeck,
Meierstr. 5, Ecke Georgstr.
Erstklassiger Rasier-Salon
mit beiden Preisen.
NB. Rasieren 10 Pfg., Haar-
schneiden 25 Pfg., Sinder 15 Pfg.

Kleine Anzüge
werden billig und sorgfältig ausgeführt.
F. Schwarz, Rolt 14.
Zu Ostern empfehle
Lederschürzen
für Schlosser, Schmiede, Wütcher,
Weinküfer usw.
Gerberei Carl Rohde,
Gundestr. 64.

Sohlleder, Vache u. Oberleder
sowie
Sohlen- u. Oberleder-Ausschn.
in bester Ware äußerst preiswert
empfehle
Gerberei Carl Rohde,
Gundestr. 64.


Backpulver
bleibt unerreich.
Nährmittel-Fabrik „Hansa“
Hamburg.
Für 50 „Hansa“-Düten erhalten
Sie eine Dose ff. Kakes gratis.
Hans Wilms, 1. Wallstraße 15 a.
Telephon 2065.


**Delikatess-Eigelb-
Pflanzenbutter**
„HEIMCHEN“
Kernsüßer Buttergeschmack!
Idealster Buttersersatz!!
das Pfund 75 Pfg.
10 Pfund 7.25 Mk.
Edelste Pflanzen-Margarine.
Verkauf vom
Engros-Lager
Mengstr. 44
— Hinterdiele. —

Farben
trockene, sowie in Öl geriebene,
eigene Fabrikation in bekannter Güte.
Leinöl, Siccatis, Lacke etc.
Maler - Utensilien.
Hafen-Drogerie
Georg Bornhöfft.
Lübeck, Untertrave 44/45.
Gelblühende Gartenerbsen
Mk. 5.50; hochfeine magnum
bonum, französische und alle
Sorten Pflanzenerbsen billig
sowie
sämtliche Sämereien.
C. Heese,
L. Jacobsen Nachf.
Meierstr. 26. T. 1440

Carl Folkers
Möbelmagazin
 25 Marlesgrube 25.
 Vollst. Wohnungseinrichtungen.
 Selbstgefertigte Arbeiten.
 Größte Auswahl.
 Billigste Preise.
 Weltgehendste Garantie.
 Zimmereinricht. stets vorrätig.
 Lieferung frei Haus
 auf eigenem Möbelwagen.
 : Teilzahlung gestattet :
 Bei Barzahlung Rabatt.
 Gehe rote Lubeca - Rabatmarken.

Achtung!
Lastdiarbeiter!
Sektions - Versammlung
 Donnerstag, 24. März 1910
 abends 8 1/2 Uhr
 im „Gewerkschaftshaus“
 Johannisstraße 50-52.
 Tages-Ordnung:
 1. Innere Verbandsangelegenheit.
 2. Verschiedenes.
 Zahlreiches Erscheinen der Mit-
 glieder erwartet
 Der Vertrauensmann.

Panorama
 Breitestr. 53. I., St.
 Besuch westafrikanischer Inseln,
 Wanderung auf
Teneriffa.
 Jedes Kind, m. i. dieser Woche d.
 B. besucht, erhält 1 Ofterei gratis.

Hochf. Tafelbutter
 pro Pfund nur Mk. 1,45.
Feinste Meiereibutter
 pro Pfund Mk. 1,40.
 Auf Wunsch frei Haus
 empfiehlt
Zentral-Molkerei Rostock
 Filialen Lübeck: Breitestraße 11,
 Fernsprecher 1910. Moislinger Allee 2.

Gastwirtschaft „Am Kreuzweg“
Seeretz.
 Halte Ausflügler und
 Vereinen meine Lokalitäten
 bestens empfohlen.
 Großer Saal, Klubzimmer
 und Regalbahn.
Emil Cordts.
 Fernruf 1834, Amt Lübeck.

Neue Hafenfähre G. m. b. H.
 Lübeck-Schwartau und zurück.
 Während der Osterfeiertage
 bei günstiger Witterung
 ab Lübeck (Drehbrücke)
 nach Schwartau nachmittags in
 kurzen Zwischenräumen.
 Neue Hafenfähre G. m. b. H.
 Untertrave 59.

Friedrich Michael
 Samenhandlung
 Breite Str. 49 Fernspr. 2014
 empfiehlt
 zur jetzigen Saatzeit in an-
 erkannt bester Qualität
**alle Sorten Gemüse- u.
 Blumen-Saaten.**



Meine Sämereien sind außerdem in
 den nachstehend aufgeführten Geschäf-
 ten in gleich guter Qualität und zu
 denselben Preisen wie in meiner Preis-
 liste notiert zu haben:
 M. Breede, Grönsfordor Allee 40 c.
 Georg Wulff, Dufellstraße 5 a.
 Wilhelm Süke, Warendorplstr. 25.
 C. Korff, Wiedestraße 42.
 H. Bühse, Ludwigstraße 72.
 Franz Tysarzyk, Schwart. Allee 97.
 Carl Friederich, Trempstamp.
 Heinrich Maas, Heinrichstraße 18.
 Heinrich Faasch, Altendorferstr. 24.
 Außerdem in der
 Markthalle, Stand 34.

Wurzeln Nantaise, verbesserte.

Drenskes Stiefel sind bequem.

Was ist
 Gesetzlich geschützt.

**JO
 JO-N-OL
 OL**

Unerreicht.

Nichtklebendes, schnelltrocknendes
Fussbodenglanzöl.
 „Der Stolz jeder Hausfrau.“
 John Jacobsen, J. H. Lenschau Nachf., Gr. Burgstr. 7.

Herren-Anzüge
 11.50, 13.75, 17.50, 20.50, 23.50, 26 bis 42 Mk.

Jünglings-Anzüge
 7.50, 9, 11.50, 13, 15, 17.50 bis 26 Mk.

Knaben-Anzüge
 2.25, 2.75, 3.50, 4, 5, 6.50 bis 11.50 Mk.

Wir führen nur gutsitzende Sachen und prima Stoffe.

Lehrlings-Ausrüstungen
 für sämtliche Gewerke.
 Wir führen hierin die richtigen Qualitäten u. Fassons.

Ein Posten Gardinen weiß und
 creme
 Meter 25, 30, 40, 50, 60, 70, 80, 90 bis 135 Pf.
 Trotz der billigen Preise rote Lubeca-Marken.

Bahr & Umlandt
 31 Breitestraße 31.

Schmiedestr. 20. **Tonhalle** Schmiedestr. 20.
 (Pariser Kinema)
 Auch am 1. und 2. Oftertag geöffnet.
 Jeder Fremde und jeder Ofterbesuch muß sich dies Programm ansehen!
Die Schluhten von Aude.
 Gebr. Harry.
Der Schatz des Dienstmädchens.
Schwärmerisches junges Mädchen.
Ein böser Tag.
Immer mit Ruhe, denkt Piefke.
Schnell, ich habe mich verspätet.

Die Herzogin v. Berry.
 Die Schuld der älteren Schwester.
 Der Geizige.

Des Siegers Wahn!
 Die Direktion.

Zentral-Verband der Zimmerer Deutschl.
 Zahlstelle Lübeck.
 Außerordentliche
Mitglieder-Versammlung
 am Donnerstag, dem 24. März,
 im Gewerkschaftshaus, Johannisstr. 50-52.
 Tagesordnung:
 1. Anträge zur außerordentlichen Generalversammlung.
 2. Regelung der Aufnahmegebühr der wegen Schulden
 gestrichenen Mitglieder.
 Das Erscheinen aller Kameraden ist dringend notwendig.
 Der Vorstand.

Konzerthaus Fünfhaus
 Donnerstag, den 24. März
 (Gründonnerstag):
Das Cuffigste und Tollste
 aus Hamburg.
 Nur ein Gastspiel
 der in allen Großstädten
 mit jubelndem Beifall auf-
 genommen

Hamburger
Plattdeutschen Schauspieler
 (Thalia-Ensemble)
 Direktion: Joh. Reimers
Das Ereignis der Saison!
 Sensationelle Novität!

Aus dem Hamburger
Nachjackenviertel
 oder:
D. Geisterspuk um Mitternacht
 Ein tolles Stück aus dem
 Hamburger Volksleben mit Ges-
 sang und Tanz in 4 Abteilungen.
 1. Akt: Ein Hamburger Pan-
 toffestück, oder: hinaus in die
 Freiheit.
 2. Akt: Die Geheimnisse der
 Kartenlegerin, oder: Wie man
 in Hamburg Dumme fängt.
 3. Akt: Ein fideles Gefängnis,
 oder: Der Geisterspuk um
 Mitternacht.
 4. Akt: Allgemeiner Kassenjam-
 mer, oder: Vergeben und Ver-
 gessen.

Preise der Plätze:
 Sperrsitze (nummeriert): 1.20 Mk.;
 1. Platz: 75 Pf.; Galerie: 50 Pf.
 — Billette im Vorverkauf: Sperr-
 sitz: 1 Mk.; 1. Platz: 60 Pf.
 sind bis zum Vorstellungstage,
 abends 6 Uhr, im Theaterlokal
 zu haben.
 Einlaß 7 Uhr. Anfang 8 Uhr.

Freie Jugend Lübecks.
 Am Karfreitag von nachmittags
 4 Uhr ab:
Abschiedsfeier
 für die scheidenden Genossen und
Aufnahme neuer Mitglieder
 aus der schulentlassenen Jugend
 im Gewerkschaftshaus.
 Um 8 Uhr soll im Garten des Ge-
 werkschaftshauses eine
 photographische Aufnahme
 stattfinden, woran sich sämtliche ju-
 gendliche Genossen und Genossinnen
 beteiligen möchten. Auch die Mit-
 glieder der Kommission werden um
 ihre Teilnahme erucht.
 Der Vorsitzende.

Eden-Theater
 Gde Mühlen- u. Kömmlerstraße
 Kunst - Wissenschaft - Ernst
 Humor.
 Heute: Neues Programm.
 Einlage:

Karfreitagszauber
 unter persönlicher Mitwirkung des
 Herrn Stahl vom Graf Adolf-Theater
 in Düsseldorf.
 Die Direktion.
 NB.: An den Ofterfeiertagen er-
 hält jedes das Theater besuchende
 Kind ein Ofterei gratis.

Neues Stadttheater.
 Donnerstag, 24. März. 7 1/2 Uhr.
 Voll-Ab. 162. Donnerstag-Ab. 26.
 Zum I. Male!
Leonarda.
 Schauspiel von Björnson.
 Freitag: **Geschloffen!**
 Sonnabend, 26. März. 7 1/2 Uhr
 Ausnahmeweise Mittel-Preise!
Das Nachtlager in Granada.
 Romant. Oper von Scoubert.
 In Vorbereitung: **Salome**
 Neu!
 Musikdrama von Richard Strauß

ment auszuweisen. Da nicht etwas anderes daran sein...

sonst mühte man nicht so viel (Schmerz) darüber denken. Wenn Schmezzeltrater mal mit einem abwechselndem...

Praktische Erziehung.

Die Vorbereitung, daß die Schule auch den Bewegungsbereich und wertvolle Beschäftigung pflegen muß, ist nicht...

Nach die Wertvollste heute noch so liegen, ist zwar beklagenswert, aber durchaus verständig. Der Gedanke, die...

unfertigkeitlichen Vorbereitungen bereiten genügend, auf dem Gebiete der Kunst, des Handwerks und der Technik...

Es liegt natürlich nahe, von der Einführung des Praxisunterrichts eine weitere Befähigung der Schüler zu erwarten, doch ist diese Sorge vollständig unbegründet...

Das ist eine eigenartige Erscheinung, daß man es seit Jahrzehnten bereits für selbstverständlich gehalten hat, wenn die geschickten unserer Väter sich in den Handarbeiten üben...

Ferments Fluid.

Zu Ehren des 18. März erzählt die „Post“ wieder einmal, wie der bekannte Chemiker George Serwegh, der „Schleifer“ bei den Chemikern heute noch besonders beliebten...

Die heutige Fortschrittlichkeit sieht längst nicht mehr mit der gemeinen Erfindung, deren Verlogenheit von niemandem bezweifelt wird, sondern höchstens mit der Frage...

Das ist ein gewisses Maß an Fortschrittlichkeit, das man es seit Jahrzehnten bereits für selbstverständlich gehalten hat, wenn die geschickten unserer Väter sich in den Handarbeiten üben...

Die „Post“ erzählt wieder einmal, wie der bekannte Chemiker George Serwegh, der „Schleifer“ bei den Chemikern heute noch besonders beliebten...

Für unsere Frauen.

Das Vertriebsverfassungsgesetz, das jetzt eine Änderung erfahren soll, ist für die Arbeiterinnen namentlich durch den § 31, welcher lautet:

Die Verfassung des Arbeitsrechts für die Arbeiterinnen zu den Gewerbebetrieben wird heute, wo die Zahl der erwerbstätigen Frauen und Mädchen ständig und rasch steigt, als ein dringendes Bedürfnis empfunden, der Vermehrung der...

Die Verhältnisse der letzten Zeit zeigen, daß die Arbeiterinnen zu den Gewerbebetrieben wird heute, wo die Zahl der erwerbstätigen Frauen und Mädchen ständig und rasch steigt, als ein dringendes Bedürfnis empfunden...